

(Frau Minister Brunn)

- (A) Forschung, die hier von denjenigen, die behaupten, da täte sich nichts, zur Kenntnis genommen werden müssen.

Ich lege Wert darauf, daß hier mit Selbstbewußtsein einerseits mit den wenigen Mitteln, die wir haben, sparsam umgegangen wird, daß nicht nur Prioritäten, sondern auch Posterioritäten gesetzt werden, daß wir aber andererseits auch das, was wir haben, pflegen und herausstellen; denn das ist unser stärkstes Pfund und unser bestes Unterpfand für die Erneuerung unseres Landes. Hier, meine ich, sollte die Opposition, die ja vielfach vor Ort durchaus konstruktiv ist, dieses einmal anerkennen, statt sich immer so aus der Diskussion herauszustehlen.

Da die Redezeit abgelaufen ist, mache ich hier einen Punkt. Es wird ja noch genügend Gelegenheit geben, das zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke sehr!

Ich mache das Haus darauf aufmerksam, daß, ausgehend von der Vereinbarung im Ältestenrat, die Regierung ihre Redezeit jetzt etwas mehr als ausgeschöpft hat. Sie müßten sich also verständigen, was passieren soll.

Meine Damen und Herren, ich rufe als nächsten Redner Herrn Abg. Reul für die Fraktion der CDU auf.

- (B) Reul (CDU): Meine Damen, meine Herren! Wenn ich mir heute die Haushaltsberatungen anschau und ein bißchen auf mich wirken lasse, wie in diesen Tagen und auch heute wieder sehr intensiv über politische Kultur in diesem Lande geredet wird, dann, meine ich, müßten wir uns doch auch die Frage stellen: Ist eigentlich das, was wir hier miteinander oder auch gegeneinander tun, wirklich geeignet, die tatsächlichen Probleme dieses Landes zu lösen und ehrliche Antworten auch auf unangenehme Fragen zu geben?

Ich sage ganz ehrlich: Mancher Beitrag hat mich ein bißchen irritiert. Manchmal wurde - wenn ich etwa an Herrn Büssow denke - doch auch in einer sehr stark demagogischen Rede nicht mehr die Sache, sondern der einzelne Abgeordnete hier getroffen.

Der Ministerpräsident, dessen Haushalt wir jetzt diskutieren und der leider nicht anwesend ist, hat mit seinem Beitrag angemahnt, um die besten Argumente zu streiten. Ich habe mich während dieser Debatte daran erinnert, wie ich 1980 - das ist ja ein paar Jahre her - den Landtagswahlkampf als junger

Mensch, der sich politisch interessierte, erlebt habe. Die CDU hat damals von Verschuldung und von fehlenden Zukunftsperspektiven gesprochen, die ökonomische Erneuerung des Landes eingefordert und eine Kurskorrektur verlangt. (C)

Ich erinnere mich auch noch daran, daß in diesem Wahlkampf der Spitzenkandidat der CDU, Heinrich Köppler, starb. Kurz vor der Wahl mußte ein Wechsel stattfinden. Und jemand, der wie ich dann auch draußen in Wind und Wetter versuchte, mit Menschen über Politik zu diskutieren, war durch diesen Vorgang sehr verunsichert. Ich gestehe zu: Es war für mich 1980 auch insofern ein Wahlkampf, der ein wenig nachdenklich gemacht und mich verunsichert hat, weil wir die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß hatten. Die politische Diskussion ist mir gerade bei diesem Problem nicht leichtgefallen.

Dazu kam eine Wahlkampfführung des Ministerpräsidenten Rau - dem ich das im übrigen gern auch selber gesagt hätte -, die mich wie viele andere junge Leute sehr nachdenklich gemacht hat. Ich habe nämlich damals mit Betroffenheit Anzeigen gesehen, in denen uns Kriegerwitwen als vor kriegerischen Auseinandersetzungen warnende Zeugen vorgeführt wurden. Mich hat das damals stark berührt und unsicher gemacht.

Herr Rau und die SPD haben dann die absolute Mehrheit gewonnen und damit auch die Chance erhalten, Politik zu gestalten, wie es Herr Rau heute gesagt hat: Wettbewerb der Argumente. Nur, damals wurde über Landespolitik überhaupt nicht diskutiert und gestritten. (D)

Sieben Jahre lang habe ich die Möglichkeit gehabt, Landespolitik zu beobachten, davon zwei Jahre jetzt auch hier im Landtag. Nun stelle ich sehr betroffen fest, daß das, was damals als Gefahr diskutiert worden ist, nämlich eine 100-Milliarden-DM-Verschuldung, so gut wie erreicht ist. Ich persönlich habe 1980 im Wahlkampf nicht geglaubt, daß aus dieser Fragestellung wirklich eine so dramatische Zukunftsfrage für unsere Entwicklung in Nordrhein-Westfalen werden würde. Ich habe mich damals auch von den Fragen anstecken lassen, die von der SPD mit dem Friedenthema eingebracht worden sind. Und heute ist die Realität: 17,5 Millionen DM Zinsen pro Tag! Heute ist die Realität, daß die Minister hier ans Podium treten und sagen: Gestaltung von Politik geht nicht mehr. Bei jeder wichtigen Aufgabe, die hier eingefordert wird, kommt die Aussage: Leider ist kein Geld mehr da.

(Reul (CDU))

- (A) Die ökonomische Erneuerung, die heute auch wieder von allen hier gefordert worden ist, hat letztlich nicht stattgefunden. Wenn selbst in den Kohle- und Stahldebatten der letzten Wochen wieder deutlich geworden ist, daß sich Entscheidendes nicht bewegt hat, und die WestLB - nun wirklich unverdächtig - sagt, daß hier ein anhaltender Wachstumsrückstand gegenüber dem übrigen Bundesgebiet festzustellen ist, dann nützt es meines Erachtens auch nichts, wenn der Ministerpräsident hier eine Liste aller kleinen Details aufzählt, die im Lande erledigt worden sind.

Meine Damen und Herren! Wenn es zutrifft, daß die ökonomische und ökologische Erneuerung ein Ziel ist, dann muß man doch auch die Frage stellen: Was wird denn dafür getan? Dann gehört dazu auch die Frage, was eigentlich für qualifizierte Erziehung und Bildung getan wird, was für Leistungsfähigkeit, Kreativität, Zukunftsoffenheit und Verantwortungsbewußtsein junger Menschen getan wird. Wird das eigentlich gefördert und gefordert? Muß nicht gerade dann, wenn wir in einer solchen Lage sind, heute mehr denn je das geistige Kapital der Menschen und insbesondere der jungen Generation in unserem Lande gefördert werden?

Wie sieht es mit diesem Teil von Zukunftspolitik denn aus? Ist Bildungspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen überhaupt noch Zukunftspolitik? Denn wenn Bildungspolitik ein Teil der Strukturpolitik ist - und das scheint nicht bestritten zu sein -, wenn das also für die Standortentscheidungen von Unternehmungen bedeutsam ist, dann muß die jüngste Umfrage der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens doch erschrecken, weil einfach führende Manager der Wirtschaft das Bildungssystem Nordrhein-Westfalens nicht mehr mit positiven Zeichen versehen.

Ich denke, man darf es sich auch als jemand, der Vertreter der Opposition ist, nicht so einfach machen und das lediglich mit Schadenfreude zur Kenntnis nehmen. Es macht mir schon Sorge, daß unser Bildungssystem bei den Wirtschaftsmanagern einen so schlechten Ruf hat. Das Anliegen ist einfach viel zu wichtig, als daß Schadenfreude aufkommen könnte.

Wissen Sie, Herr Dr. Dammeyer, wenn selbst der Kultusminister mittlerweile einen Unterrichtsausfall von 11,5 Millionen Unterrichtsstunden im Schuljahr bestätigt, wenn regierungsamtlich bestätigt wird, daß in den 90er Jahren eine dramatische Unterrichtsversorgung stattfinden wird, wenn Bischöfe und Präses unserer Kirchen den Ministerpräsidenten in einem öffentlichen Brief auf-

fordern müssen, seiner Verfassungsverpflichtung auf Religionsunterricht nachzukommen, dann darf man doch wenigstens nachdenklich werden und einmal Fragen stellen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn dies heute eine Veranstaltung ist, bei der es wirklich um die Frage geht, wohin es eigentlich in diesem Lande gehen soll, dann müßte man meines Erachtens solche Fragen stellen und auch gemeinsam darüber nachdenken dürfen.

(Tschoeitsch (F.D.P.): Wir wollen aber auch Antworten!)

Wenn Sie heute keine Chance mehr sehen und Politik so diskutieren und darstellen, daß ein qualitativer Einstellungskorridor für junge Lehrer nicht mehr da ist, sondern Sie lediglich noch mit dem Pflasterkasten hinter der Entwicklung herlaufen, dann ist schon ein Umdenken erforderlich, und dann wäre es eigentlich auch an der Zeit, daß Sie einmal dem Anliegen, das die CDU-Landtagsfraktion seit drei Jahren hier vorträgt, nachkommen und mit dafür eintreten, daß diesem Trend entgegengesteuert wird.

Der Ministerpräsident hat eben gesagt, daß er, wenn er in Probleme mit finanziellen Mitteln käme, sich immer dafür entscheiden würde, eher Geld für Arbeitsplätze auszugeben. Für den Bereich der Schule - so kann ich nur sagen - scheint das nicht zuzutreffen.

Wenn es nur einen begrenzten Korridor für Unterrichtsversorgung gibt, damit wenigstens das Minimum gesichert werden kann, muß man auch darüber streiten, wohin die Lehrerinnen und Lehrer kommen sollen. Da hat mich persönlich sehr betroffen gemacht, daß bei den wenigen Neueinstellungen die wir haben, auch noch Neueinstellungen von der Sonderschule in die Gesamtschule umgeleitet werden. Sie wissen alle genauso gut wie ich, daß gerade unsere Sonderschulen ganz dramatische Probleme haben. Ich kann nur sagen: Jeder Besuch einer Sonderschule bestärkt mich erneut in der absoluten Gewißheit, daß man dringendst Lehrerinnen und Lehrer dafür zur Verfügung stellen muß.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Kinder gibt, die im Nebenraum abgestellt werden, weil man nicht genug Lehrer hat, ist das keine menschliche Politik mehr. Es ist die Frage, ob es überhaupt noch Politik ist, was da passiert.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) Der Finanzminister schreibt dann in seinem Gutachten schlicht und einfach, aufgrund der Finanzmisere könne er eben nicht mehr Lehrerstellen zulassen. Die zwingenden Folgen müssen klar sein. Das sind nämlich auch größere Schulklassen. Folgen sind auch, daß kleine Schulen noch weniger Chancen in der Region haben. Das heißt, der Trend, kleine Schulen nicht mehr bestehen zu lassen, wird dann eben nicht nur durch ideologische Politik, sondern vor allen Dingen auch durch finanzpolitische Realität bestärkt. Das sind die Folgen, die die Menschen spüren werden.

Ich frage Sie von der SPD, von der Mehrheitsfraktion, und auch den Ministerpräsidenten - der Kultusminister hat das Problem erkannt; er kann sich nur nicht durchsetzen -: Glauben Sie eigentlich, daß mit solcher Politik Anstöße und Voraussetzungen für eine gute Zukunft in diesem Lande geleistet werden können? Glauben Sie denn eigentlich, daß aus einer solchen Bildungspolitik Kraft und Fähigkeiten für Erneuerung entstehen können? Wo bleibt denn eigentlich das tatsächliche politische Handeln und nicht nur das Reden von der Qualifizierungsoffensive? Ich habe große Sorgen, wohin sich das im Bildungsbereich entwickeln soll. Die Sorge teile ich mit dem Kultusminister, der das ja jetzt auch öffentlich formuliert hat.

- (B) Betroffen macht mich allerdings schon, wie diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident seit sieben Jahren mit diesem Problem umgehen. Die Probleme sind alle nicht neu. Es ist dem Herrn Ministerpräsidenten tatsächlich immer wieder gelungen, von diesem Problem abzulenken und die Menschen mit anderen Themen, die sie bewegen, zu fesseln. Die Schwierigkeiten dieses Landes sind allerdings keinen Millimeter gelöst worden.

Die grundlegenden Probleme unseres Landes werden nicht angepackt. Sie werden auch nicht gelöst. Da wird über Krieg und Frieden, über Bundeszuständigkeiten diskutiert, aber den Menschen in diesem Lande wird überhaupt nicht geholfen.

Wenn der Ministerpräsident heute gesagt hat: "Sie kennen meine Politik, und ich bleibe dabei!", kann ich nur sagen: Ich habe gehofft, er würde umdenken, seine politischen Konzeptionen korrigieren und verändern. Wenn das Wirklichkeit würde, werden wir noch viele Jahre eine solche Politik erleben.

(Zurufe von der SPD)

1980 und 1985 haben Sie damit zwar Wahlen gewonnen. Das mag befriedigen. Der Ministerpräsident hat sich ja eben auch wieder darin

gesonnt, daß er zweimal gewonnen hat, und sogar mit absoluten Mehrheiten. Aber reicht das wirklich aus, wenn man hier verantwortlich Politik macht? Wir alle haben Verantwortung, die Regierung aber insbesondere, und der Ministerpräsident ganz besonders. Auch wenn er nicht hier ist, meine ich: Ich stelle mir die Frage - wenn ich in der Situation dieses Ministerpräsidenten mit der Vorgeschichte wäre -, ob ich das überhaupt noch verantworten könnte, was in diesem Lande passiert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Politik und Personalpolitik im Schulbereich ist für uns ein weiteres Musterbeispiel für konzeptionslose und konturenlose Zukunftsvorsorge in diesem Lande, weil es keine ehrliche Bestandsaufnahme der bildungspolitischen Fakten im Schulbereich gab und gibt, weil angesichts immer wieder zurückgehaltener Informationen - 1980 beginnend mit dem Totschweigen des aufschlußreichen Gutachtens über die Schulentwicklung in NRW bis in die 90er Jahre die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn/Konstanz -, die Kontrollmechanismen des Parlamentes und der gesellschaftlichen Gruppen durch die Landesregierung außer Kraft gesetzt wurden. Es ist wiederum in NRW nicht möglich gewesen, vor der schulpolitischen Krise, die jetzt einem Höhepunkt zutreibt, eine neue bildungspolitische Konzeption zu finden und die richtige Weichenstellung vorzunehmen. Statt dessen ist die Schulpolitik in NRW in die Räder ideologischer Kräfte und verschiedener Ministerien geraten. Das Gerangel zwischen Finanz- und Kultusminister läßt die offenen Fragen über die Zukunft unserer Schulen - damit auch über die Zukunft unserer Kinder - diffuser erscheinen als je zuvor.

Der zunehmende Druck unangenehmer Wahrheiten und die zutage tretende Entwicklung haben aus unserer Sicht zu einem Labyrinth von Widersprüchen geführt, in dem die Landesregierung hilflos herumirrt.

Zusätzlich geht die SPD-Mehrheitsfraktion hin und konzipiert die Hausaufgaben des Kultusministers. Auch nach über 20 Jahren SPD-Herrschaft glaube ich, daß es im Kultusministerium gute Fachleute gibt. Nicht deren Vorschlag für die Aufteilung der bis zu 633 Lehrererneuerungen wird übernommen, sondern Herr Kollege Dr. Dammeyer setzte

(C)

(D)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) sich durch, setzte durch, daß weitere 100 Lehrer an die Gesamtschulen kommen und damit den anderen Schulformen entzogen werden. Sonst wurden im Haushalt keine schulpolitischen Schwerpunkte gesetzt, sieht man von den Zwängen der Nachqualifizierungen ab.

Allerdings möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Position von 100 000 DM lenken. Vorgenannter Betrag wird neu für Friedenserziehung eingestellt. Ich habe da erhebliche Bedenken. Wofür und mit welchen Inhalten soll das von Schulen transportiert werden? Im Sinne von SPD-Meinungen? Dann hätten wir keine Nachrüstung und damit auch keine Abrüstung der Mittelstreckenraketen bekommen. Da könnte der Verteidigungswille unseres Volkes geschwächt werden, vor allem wenn ich überlege, daß Sozialdemokraten in den Gemeinderäten alle Positionen zum Zivilschutz ablehnen.

Sollen jene Erzieher und Miterzieher der Nation, die nun schon seit Jahrzehnten nicht müde werden, apokalyptische Untergangsvisionen auszumalen und Hoffnungslosigkeit zu predigen, eine Spielwiese bekommen, obwohl - das ist genau unsere Auffassung - es darauf ankommt, den Lebens- und Behauptungswillen der Menschen zu stärken?

Wir fragen nach den Inhalten von Schule.

Wir wollen, daß Kinder in Schule Lernen lernen.

(B)

Wir wollen, daß Kinder in Schule die Kulturtechniken beherrschen.

Wir wollen, daß Kinder in Schule fröhlich sind.

Wir wollen, daß Schule entlastet wird von Fächern, für die objektive Kriterien fehlen.

Und wir fragen uns: Muß es noch das 10. Pflichtschuljahr an der Hauptschule geben? Ist die Wahlfreiheit jetzt nicht angebracht?

(Zuruf von der SPD: Siehst du!)

Muß das Gymnasium den Hauptschulabschluß erteilen können? Muß nicht die Ganztagsform für alle Schulen möglich und durchsetzbar gemacht werden? Müssen nicht Leistungskriterien gefunden werden, die Schülern die falsche Wahl der Schulform, die sie in ihrem Schulleben seelisch belastet, ersparen?

(Zuruf von der SPD: Das ist bärenstark!)

(C) Müssen nicht die gleichen Voraussetzungen für alle Schulformen in einem Lande geschaffen werden, das es mehr als nötig hat, aus dem Dunstkreis ideologisch verbrämter Bildungspolitik herauszukommen? Muß es sein, wie geschehen, daß die SPD kleine und einzügige Systeme als Murks- und Mickerschulen bezeichnet oder - im Originalton Dammeyer - behauptet: "Einzügige Schulen sind nicht leistungsfähig."?

Wir weisen diese Äußerungen mit Entschiedenheit zurück. Das haben die Lehrer und Kinder in und an diesen kleinen Schulen nicht verdient. Dort wird eine hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Und das haben auch unsere Eltern nicht verdient, Herr Dr. Dammeyer, die zum größten Teil aus diesen Schulen kamen und nach dem Krieg die Republik aufgebaut haben.

(Dr. Dammeyer (SPD): Damit geben Sie auch selber an, was?)

Dieses kann nur Köpfen entspringen, die Nestroy so charakterisiert hat:

Man soll Verirrungen des Geistes nicht für Bewegungen des Herzens halten.

Die SPD dieses Landes, Sie, die Sie da sitzen - von der Regierung ist außer dem Kultusminister und dem Justizminister, obwohl der Einzelplan 02 hier behandelt wird, niemand mehr anwesend -

(Minister Dr. Posser: Sie irren!)

(D)

Sie, meine Damen und Herren, haben einfach die Kompetenz verloren, die Probleme dieses Landes zu lösen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Dr. Dammeyer das Wort.

Dr. Dammeyer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen muß eine Zukunft haben, muß sie behalten, muß sie entwickeln.

Und was unsere Bildungspolitik angeht, können wir ganz selbstbewußt von Erfolgen sprechen. Unser Bildungssystem ist gut, leistungsfähig und anerkannt.

Wenn denn die Schulverweilzeit ein wichtiger Maßstab ist, dann haben wir hier längere und anspruchsvollere Bildungswege und Bildungsgänge als anderswo, dann kommen hier die Schüler zu höheren und qualifizierteren

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Abschlüssen als anderswo, dann haben wir hier eine vernünftige Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen in Gang gebracht.

Wir haben jetzt exakt gleich viele Schüler wie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und doppelt so viele Lehrer. Das ist einer der Ausweise für die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems.

Das Übergangsverhalten der Schüler freilich hat sich ganz gewaltig verschoben. Es gibt ganz neue Bildungsströme, und mit diesen Bildungsströmen, die die Eltern für ihre Kinder gewählt haben, wollen Sie nichts zu tun haben. Wir nehmen das auf, daß Sie damit nichts zu tun haben wollen. Herr Wickel will ja sogar schon die Schulzeit für die Hauptschüler verkürzen, wie wir eben mit Erstaunen hören durften. Mittlerweile lesen wir auch in Ihren Anträgen, daß Sie, wie Sie es formulieren, zum gegliederten Schulsystem als der angeblich wichtigsten Zukunftsaufgabe zurückkehren wollen. Das ist, mit Verlaub, nicht die wichtigste Zukunftsaufgabe, und das wissen auch viele in Ihren eigenen Reihen. Ihre eigene Basis läuft Ihnen doch dafür weg. In Langerwehe, in Saerbeck, in Havixbeck, in Nümbrecht - Regionen mit gestandener CDU-Mehrheit über Generationen hinweg - kommen eben nicht Entscheidungen zugunsten des gegliederten dreigliedrigen Schulsystems zustande, sondern fallen zugunsten der Überwindung des gegliederten Schulsystems.

- (B) Aber selbst ohne die Existenz von Gesamtschulen hätten Sie Ihre Probleme. Übrigens: Jetzt gibt es gerade so viele Gesamtschulen, wie wir allein in der Zeit von Mitte der 60er Jahre bis heute in Nordrhein-Westfalen an Gymnasien neu gegründet haben. Größer ist die Zahl der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen immer noch nicht.

Aber gerade Sie sollten in Erinnerung behalten, wie die Übergangszahl in die Sekundarstufe I aussieht. 1976 war das Jahr mit der höchsten Zahl von Übergängen in die Hauptschule. Es waren 132 000 Kinder, die aus der Klasse 4 der Grundschule in die Klasse 5 der Hauptschule übergingen. 1987 waren es unter 50 000. 1981 war das Jahr mit der größten Zahl der Übergänge in das Gymnasium - mit nur 83 000 immerhin deutlich weniger als die Hauptschule. Jetzt ist das Gymnasium die größte Schulform im Lande Nordrhein-Westfalen mit aber auch nur 53 000 Jugendlichen, die in das Gymnasium übergehen.

Das rapide Anwachsen der Übergangsquoten zum Gymnasium bei gleichzeitigem Schwinden

des Übergangs in die Hauptschule und bei gewaltig sinkenden Schülerzahlen hat diese Effekte bewirkt. Diese Effekte sind landesweit regional höchst ungleichmäßig verteilt. Ist es nicht auch so, daß etwa im Kreis Kleve, in der Eifel, in Höxter, in Steinfurt diese Entwicklungen genauso zu verzeichnen sind? Haben Sie nicht auch bemerkt, daß die Hauptschulen da deutlich austrocknen, daß dort keine entsprechenden Übergänge wie vor zehn oder fünfzehn Jahren mehr vorhanden sind, und zwar in Regionen, in denen keinerlei Konkurrenz zur Gesamtschule vorhanden ist? Ist das nicht auch einer der Gründe dafür, weshalb gerade in Ihrer Klientel mittlerweile neue Überlegungen angestellt werden?

Die Schulentwicklungspläne haben es an den Tag gebracht; und dem Kultusminister ist ausdrücklich dafür zu danken, daß er eine Zusammenfassung der Schulentwicklungsplanungen der Gemeinden vorgelegt hat und sie jetzt für jeden Mann und jede Frau öffentlich einsichtig mit den entsprechenden Zahlen erkennbar macht. Das sind ja Zahlen und Planungen, die in den Gemeinden errechnet und aufgestellt worden sind. Es ist keineswegs so, daß die vom Kultusminister jetzt in dieser Zusammenfassung angekündigten Schulschließungen oder Zusammenlegungen von Schulen vom Kultusminister vorgenommen würden.

Ganz im Gegenteil, die daran beteiligten Gemeinden haben das zusammengestellt. Der Kultusminister hat das nur addiert und uns zur besseren Übersicht vorgelegt. Es ist nicht Sache des Landes, solche Entscheidungen zu treffen, sondern die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung erwarten und lassen es auch zu, daß diese Entscheidung vor Ort gefällt wird.

Meine Damen und Herren, die fragwürdigsten Strukturen sind in sogenannten CDU-Regionen. Sie und Ihre Gesinnungsgenossen tragen dabei die entscheidende Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Schulangebotes gerade in kritischen Bereichen. In den Bereichen, wo wir, wo unsere Leute die Verantwortung haben, läßt sich das alles nebeneinanderher prima organisieren, und da wird das auch unter Vermeidung größtmöglicher Schwierigkeiten getan.

(Wickel (F.D.P.): Und in Bielefeld?)

Aber, meine Damen und Herren, da, wo Sie die Verantwortung tragen, in Höxter, in Steinfurt, in Kleve, in Ibbenbüren, in der Eifel und sonstwo, da sind die eigentlichen Schwierigkeiten, und mit denen muß man fertigwerden.

(C)

(D)

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren: Für Sie ist Perestrojka angesagt, ein Umdenken, eine Umorientierung, die Sie ernst nehmen müssen. Antworten auf unangenehme Fragen hat Herr Reul hier eingefordert, und genau das ist erforderlich. Wenn es notwendig ist, daß auf unangenehme Fragen gemeinsame Antworten gesucht werden, dann entziehen wir uns dem nicht, sondern dann sollten wir das gemeinsam machen. Aber Sie müssen sich - bitte schön - diese unangenehmen Fragen auch selber stellen, und Sie dürfen hier nicht Anträge hereinschleusen, die nach dem Strickmuster gemacht sind, daß Sie kurzerhand die bestehenden Probleme für Nicht-Probleme erklären, einzügige Hauptschulen für leistungsfähig erklären, einzügige Realschulen für leistungsfähig erklären und solche perspektivlosen Beschreibungen aktueller Verhältnisse, die wirklich keine Perspektive haben. Vielmehr müssen wir Sie auffordern, sich an der Lösung dieser Probleme zu beteiligen. Sie können nicht Frieden nennen, indem Sie uns auffordern, alles treiben zu lassen, und wenn Sie dazu beitragen, Elterngruppen gegeneinander geradezu planvoll zu führen, und indem Sie so die Auseinandersetzungen verschärfen.

Meine Damen und Herren, es ist auch gut, daß mittlerweile Lehrerbedarfszahlen vorliegen; wir haben in den vergangenen Jahren immer beklagt, daß keine vorliegen, und wir haben sie selber errechnet. Wir haben diese Zahlen auch in einer streitigen Diskussion gegeneinander geführt, in einer gelegentlich sogar produktiv streitigen Diskussion, und wir haben erkennen können, daß dabei ganz unterschiedliche Sichtweisen eine Rolle spielen. Wir sagen hier wiederholt vor aller Öffentlichkeit: In unserer Fraktion werden wir im Frühjahr diese Zahlen nebeneinander legen, miteinander vergleichen, unterschiedliche Sichtweisen gegeneinander abwägen und zu Entscheidungen kommen, wie wir in dieser bedeutenden Frage in Zukunft unsere Landespolitik weiter gestalten können.

Das ist nicht nur eine Frage bildungspolitischer Wünsche, sondern das ist auch eine Frage finanzpolitischer Entscheidungen; denn ganz selbstverständlich sollen Lehrer für gutes Geld und nicht für ein "Vergelt's Gott" arbeiten. Wenn das der Fall ist, müssen wir auch die Auswirkungen auf den Haushalt mit der gleichen Sorgfalt prüfen, wie wir die bildungspolitischen Wünsche dabei erfüllt sehen wollen. Das läßt sich nicht auseinanderhalten. Wir haben das bislang nie getan, und das ist auch der Grund dafür, daß wir in den vergangenen Jahren in unserer Fraktion so ausführlich das Problem der Lehrereinstellung erörtert haben.

Wir sind uns darin einig, daß es einen Lehrerberarf gibt, daß er fächerspezifisch und schulformspezifisch in den Regionen verschieden hoch ist und daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht befriedigt werden kann und selbstverständlich auch nicht durch die Einstellung von 783 Lehrern bewältigt werden kann. Deshalb wird es auch weiterhin Versetzungen und eine ausgewogene Verteilung der Neueinstellungen geben. Unsere Verteilung, die wir hier zur Abstimmung stellen, mindert den Versetzungsdruck. Wir halten das für eine richtige Orientierung,

(Kniola (SPD): Sehr wahr!)

weil wir selbstverständlich die Probleme nicht noch zusätzlich verschärfen wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sollte auch alle Öffentlichkeit wissen, daß, nachdem wir über die Verteilung der hier nun wieder streitig gemachten 633 Stellen im Schulausschuß abgestimmt haben, wir uns auch über die Notwendigkeit von Versetzungen unterhalten haben. Die Öffentlichkeit wird interessieren, daß sowohl die CDU als auch die SPD darin überstimmten, daß Versetzungen nötig sind, auch künftig nötig sein werden und daß sie auch aus dienstlichen Gründen nötig sein werden und daß es eigentlich auch möglich gewesen sein müßte, darüber zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

Wir haben deshalb - auch das sollte die Öffentlichkeit wissen - der CDU angeboten, die Beschlußfassung über diese Angelegenheit auszusetzen, um über eine etwaige gemeinsame Resolution zu beraten und sie auch gemeinsam zu beschließen. Dazu ist es nicht gekommen, und da Formulierungen vorlagen, die in den Absätzen 1 und 3 ausgesprochen gegensätzlich waren und bei denen eine große Rolle gespielt hat, was bei den Versetzungen an unverträglichen Aspekten eine Rolle gespielt hat, haben wir Ihren Antrag abgelehnt. Aber wir erklären ausdrücklich, meine Damen und Herren, daß wir in diesen Fragen von Einstellungsnotwendigkeiten und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, von den Notwendigkeiten, zu Versetzungen zu kommen, das Gespräch weiter suchen wollen und weiter gern sagen: Soweit sich in diesen Fragen eine gemeinsame Position finden läßt, wollen wir sie auch gemeinsam tragen.

(Abg. Reul (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Dammeyer (SPD): Ich bin nahezu fertig mit meinem Beitrag.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, unter solchen Verhältnissen kommen wir überhaupt gar nicht umhin, als zum jetzigen Zeitpunkt die Haushaltsplanberatung per Beschlußfassung so abzuschließen, wie wir sie auch in den entsprechenden Ausschüssen vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, damit sind die Beratungen zu den vier Schwerpunktthemen abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion der F.D.P., betreffend Rücknahme des Haushaltsentwurfs 1988 Drucksache 10/2443 abstimmen. Wer diesem Antrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei abstimmen. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2622 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen.

- (B) Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich verweise auf den Entschließungsantrag Drucksache 10/2710. Bisher habe ich eine Wortmeldung vorliegen, nämlich des Herrn Abg. Stüber von der Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Stüber (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben keine große Debatte mehr zum Einzelplan 08, weil es auch keine Anträge direkt zum Haushalt gibt. Wir haben allerdings einen Entschließungsantrag von der CDU zur Kohlepolitik bekommen, der indirekt schon mit dem Haushalt zu tun hat. Erinnern wir uns noch einmal daran, daß der Haushalt mit seinem Ausgabenvolumen von insgesamt über 2,24 Milliarden DM zu mehr als 1,25 Milliarden DM von direkten Hilfen der Kohle gebunden wird. Dies leistete das Land in der Vergangenheit, und diese Leistung wird das Land auch in Zukunft erbringen.

(Unruhe)

Deswegen, so denke ich, Frau Thoben, wäre es fair und gerecht, wenn man auch darauf hinweist und nicht, wie Sie das heute morgen getan haben, nur auf die Leistungen des Bundes. Daß der Bund seine zwei Drittel zahlt, das Land ein Drittel, ist eine alte Vereinbarung, eine Selbstverständlichkeit. Das muß man beides loben, was ich hiermit gern tun möchte.

(Zustimmung des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Bei diesen Kohlehilfen haben wir eine Reihe Einzelpunkte. Da ist zunächst die Koks-kohlenbeihilfe, die mit über 1 Milliarde DM zu Buche schlägt und auf deren Summe wir als Land - auch der Bund - überhaupt keinen Einfluß haben, sondern sie ist halt abhängig von den internationalen Entwicklungen des Dollars und der Devisen.

Wir haben darin auch Summen für Investitionshilfen, Stilllegungsbeihilfen, die Hal-denfinanzierung; die Drittelbeteiligung haben wir neu in den Etat eingesetzt, nachdem wir gerade in der letzten Sitzung das Vertragswerk zur nationalen Steinkohlereserve ohne Aussprache, aber gemeinsam einstimmig gebilligt haben. Das halte ich für eine gute Sache, weil wir erstens dadurch Zeit gewinnen und nicht zusätzliche Mengen Kohle auf den Markt bringen, die im jetzigen Moment alles andere als sinnvoll wären, und wir zweitens die Möglichkeit haben, in Ruhe darüber nachzudenken, was man mit dieser Menge Kohle macht, ob die Rückkaufverpflichtung der Unternehmen der einzige Weg ist oder ob es möglicherweise noch andere denkbare Modelle gibt. Das sollten wir aber in Ruhe miteinander bereden. Und wir haben die Erstattung für Erblasten in Höhe von 58 Millionen DM.

An dieser Stelle muß ich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß in diesem ganzen Etat überhaupt noch nichts steht, welche Auswirkungen die Kohlerunde haben wird. Jetzt will ich ein paar Bemerkungen zu diesem Thema machen. Die CDU hat uns einen Entschließungsantrag vorgelegt, und Sie haben von einem Telegramm gesprochen. Verehrte Frau Thoben, dieses Telegramm ist eine Schnellinformation, die die Pressestelle der IG Bergbau und Energie nach der Kohlerunde wie nach jeder Tarifrunde umgehend erstellt, um die Beschäftigten in den Betrieben umfassend und zügig zu informieren, weil nicht in jedem Fall zu erwarten steht,

(C)

(D)

(Stüber (SPD))

- (A) daß das die Tageszeitungen am nächsten Morgen tun.

(Zustimmung bei der CDU - Hardt (CDU): Das lesen jetzt alle Kollegen nach.)

Diesen Text haben Sie original übernommen

(Hardt (CDU): Na und?)

bis auf zwei Kleinigkeiten: Sie haben die Bergbauunternehmen vergessen - die waren nämlich auch an der Kohlerunde beteiligt, die haben Sie in Ihrem Antrag nicht aufgeführt -

(Frau Thoben (CDU): Das ist ein Versehen!)

und Sie haben aus "Solidarität" "Verständigung" gemacht; darüber kann man auch streiten, das ist fast das gleiche, aber auch nur fast.

(Frau Thoben (CDU): Es sollte der wörtliche Text sein!)

Das ist eine Schnellinformation, meine Damen und Herren, die am Freitagabend herausgegeben und am Samstagmorgen in den Betrieben verteilt worden ist. Am Montag gab es dann die umfassende Information - die will ich Ihnen auch gern zeigen -, nämlich eine größere, in der alles andere drinsteht, was die IG Bergbau und Energie umfassend zu dieser Kohlerunde zu sagen hat.

(B)

Ich sage noch einmal: In dieser Information unterstreichen wir jedes Wort, wir werden dem auch zustimmen. Nur denke ich, daß dies ein bißchen wenig ist, ein bißchen wenig in der Bewertung der Kohlerunde eine Woche danach.

Jetzt will ich zu der Kohlerunde folgendes sagen: Wir alle sind uns einig, daß dieses ein Kompromiß war. Das haben alle Beteiligten gesagt, alle Beteiligten stehen zu dem Ergebnis dieser Kohlerunde.

Aber eines, meine Damen und Herren, denke ich, muß man in diesem Lande auch beachten: Trotz des Kompromisses in der Kohlerunde, trotz des Sich-aufeinander-zu-Bewegens - ich will gern einräumen, daß es viele vielleicht am Morgen dieses Tages, Freitag, noch nicht erwartet haben, was am Freitagnachmittag um 15.30 Uhr auf dem Tisch lag - werden die Folgen dieser Kohlerunde für das Land Nordrhein-Westfalen ganz besonders schwerwichtig sein. Denn 30 000 Arbeitsplätze abzubauen ist ein massiver Schritt. Es ist

eine gute Sache, daß aufgrund der Sozialverträglichkeit die Betroffenen nicht in Existenznot und Elend stürzen. Aber diese 30 000 Arbeitsplätze werden uns fehlen. Uns werden die Ausbildungsplätze fehlen. Wir wissen noch gar nicht, wann, wo und wie angepaßt wird; denn das wird zu einer Aufgabe, die die direkt Beteiligten - sprich: im Mitbestimmungsbereich, Unternehmen und Gewerkschaften; ich glaube, die ersten Aufsichtsratssitzungen sind Ende Januar terminiert - zu besprechen haben.

(C)

Dies wird noch tiefgreifende Folgen für uns haben, für die Region, auch für die Kommunen - die regionalen Auswirkungen müssen wir sehen -, und es wird auch noch finanzielle Auswirkungen für das Land haben. Darum meine ich, es muß ein bißchen mehr dazukommen, als dies nur in der ersten Schnellinformation der Fall war. Wenn Sie die Bewertung des von Ihnen so viel zitierten IGBE-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer dann in der umfassenderen Form vornehmen, dann schreibt er dort wörtlich - ich darf zitieren, Frau Präsidentin -:

Jetzt haben wir den längsten Anpassungsprozeß vor uns, der je verabredet worden ist; sieben Jahre soll er dauern.

Dann heißt es weiter - ich überschlage jetzt ein paar Sätze, wo das im einzelnen beschrieben ist -:

Alle zusammen müssen wir außerdem davon ausgehen, daß das Herzstück des Steinkohleabsatzes, die Verstromungsfrage, in dieser Kohlerunde nicht abschließend behandelt ist. Sie bleibt ein ungelöstes Problem.

(D)

Ich denke, meine Damen und Herren, daß dies auch von uns nicht ganz unbeachtet bleiben darf. Wir müssen uns ebenso daran erinnern, daß am Tage vor der Kohlerunde, am Donnerstag, bei der Debatte über den Kohlepfennig der Bundestag mit der Regierungsmehrheit beschlossen hat, diesen Kohlepfennig um 0,25 % zu senken, obwohl sich alle Beteiligten einig waren, daß er eigentlich erhöht werden müßte. Aber es ist gesagt worden - so hat es der energiepolitische Sprecher der CDU, Gerstein, ausgedrückt -, diese Senkung sei notwendig, um eine Akzeptanz für den Kohlepfennig zu erzielen. Das ist also eine Aussage des Kollegen Gerstein gewesen.

Nur hilft uns dies alles nicht weiter. Die Stromproduzenten haben nicht mit am Tisch der Kohlerunde gesessen; aber von ihnen wird nun ein Beitrag erwartet.

(Stüber (SPD))

- (A) Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Beteiligten der Kohlerunde vereinbart haben, das Mengengerüst zu erhalten, und auch davon ausgehen, daß dieses Mengengerüst möglicherweise Grundlage für folgende Verträge ist. Aber es muß umgesetzt werden. Einerseits zu sagen, man wolle das Mengengerüst erhalten, und andererseits zu sagen, die Finanzierungsgrundlage, nämlich die Ausgleichsabgabe, müsse abgebaut werden, das ist, wie es der Kollege Meyer in der Bundestagsdebatte am Donnerstag auch gesagt hat, eine Quadratur des Kreises. Ich sehe noch keine Lösung; möglicherweise wird man sie in den Gesprächen noch finden.

Dann will ich, meine Damen und Herren, bezüglich der Verstromung auf folgendes aufmerksam machen. Wir reden immer so über die volle Erfüllung des Jahrhundertvertrags. Nun hat es Berechnungen im Vorfeld der Kohlerunde gegeben. Danach wird der Absatz der deutschen Steinkohle - vielleicht ist es interessant, Frau Thoben, wenn ich Ihnen jetzt die Zahlen nenne; möglicherweise kennen auch Sie sie nicht - an die Kraftwerke in diesem Jahr voraussichtlich 41 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten betragen, gerechnet in SKE. Das sind 0,7 Millionen Tonnen weniger als im letzten Jahr.

- (B) Bereits im letzten Jahr war der Steinkohleinsatz in den Kraftwerken geringer als in den Vorjahren. Der Grund: Billiges Öl und billiges Erdgas haben in diesen zwei Jahren rund 3 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten aus der Verstromung verdrängt. Wir werden also am Ende der Vertragslaufzeit des bestehenden Jahrhundertvertrags nicht die anvisierten 46 Millionen Tonnen, sondern möglicherweise 43 Millionen Tonnen Steinkohle oder sogar noch weniger in der Verstromung haben.

Hier beginnt die erste Aufgabe, nämlich die Produzenten des Stromes dazu zu bringen, wieder verstärkt Kohle einzusetzen, und zwar bei einer veränderten finanziellen Voraussetzung, die möglicherweise den Stromproduzenten sogar das Argument liefern könnte, aus dem Jahrhundertvertrag auszusteigen, wenn sie wollen. Dies halte ich also noch für ein schwerwiegendes und gewichtiges Unterfangen.

Dies alles zusammengefaßt, meine Damen und Herren - das will ich noch einmal deutlich machen -, ist nach unserer Ansicht nicht ausreichend, hier nur einen Entschließungsantrag mit dieser kurzen Schnellinformation durch den Landtag auch im Hinblick auf den zeitlichen Abstand zu der Kohlerunde beschließen zu lassen. Denn ich denke, es

- (C) müßte ein bißchen mehr dazu gesagt werden. Wir müßten etwas dazu sagen, daß wir die geplante Neuregelung des Kohlepfennigs in der Form, solange keine Ersatzmöglichkeiten da sind, nicht teilen können. Wir müssen etwas dazu sagen, daß die Kohle nach dieser Anpassung endlich den Wert zugewiesen bekommen muß, den sie zur Sicherheit der nationalen Energieversorgung hat. Wir wollen diese Anpassung ja nicht im Abstand von fünf oder sechs Jahren dauernd wiederholen.

Wir müssen etwas dazu sagen, daß die Sozialflankierung allein nicht ausreicht, so notwendig die sozialverträgliche Gestaltung ist. Vielmehr müssen wir in den betroffenen Regionen auch zur Entlastung der Kommunen und der Gebiete neue Arbeitsplätze anbieten. Auch dies gehört dazu, wenn wir bis 1995 die Zahl von 30 000 verlieren sollen. Dazu gehört sicher auch, daß wir etwas zur Verbesserung der Situation der Gemeinden sagen, z. B. über die Sozialhilfekostenübernahme oder zu ähnlichem.

Ich denke, wir haben noch etwas Zeit, verehrte Damen und Herren auch von der Opposition, weil wir die Entschließungsanträge, wenn ich das Protokoll des Hauses richtig verstehe, erst am Ende des Freitags, nämlich nach der dritten Lesung, abschließend beraten und darüber abstimmen werden. Wir werden als SPD-Fraktion überlegen, ob wir bis dahin möglicherweise noch etwas Umfangreicheres als Entschließungsantrag einreichen, weil uns die vorliegende Fassung in der Tat zu kurz erscheint.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich darauf hinweisen - von dem Kollegen Stüber wurde die Frage aufgegriffen -: Die Beratung über die Entschließung beziehen wir mit ein, aber die Abstimmung findet nach der dritten Lesung statt.

Weitere Wortmeldungen zu Einzelplan 08 liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Beratung zu diesem Einzelplan.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2628 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Entwurf des Einzelplans 08 in zweiter Lesung angenommen.

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/2703 und 10/2706 zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU vor, die ebenfalls in die Beratungen einbezogen werden.

Zu Einzelplan 06 erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Fischer für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Begrenztheit des zur Verfügung stehenden Zeitrahmens möchte ich nur auf einige wenige zentrale Kritikpunkte des Einzelplans 06 eingehen.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung von 1985 für den Wissenschaftsbereich die Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Offensive angekündigt. In diesem Zusammenhang hat er auch ein KWI, ein Kulturwissenschaftliches Institut, versprochen.

Hierzu zwei kurze Bemerkungen.

(B) Angesichts der großen Bedeutung, die die SPD-Landesregierung diesem Institut zumißt, ist Ihr Vorgehen mehr als lahm und träge zu bezeichnen. Die eingesetzten Finanzmittel sind geradezu mickrig. Wer die Beschreibung dieses Kulturwissenschaftlichen Instituts in den Erläuterungen verfolgt, ist mehr als enttäuscht. Die Aufgabenstellung ist oberflächlich, unpräzise, zum Teil nichtssagend. Es gibt keine bestehende geistes- und sozialwissenschaftliche Fakultät einer nordrhein-westfälischen Universität, die solche, ähnliche und anspruchsvollere Aufgaben nicht zufriedenstellend leisten könnte.

(Anhaltende starke Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, bitte hören Sie Herrn Abg. Dr. Fischer zu, oder - falls Ihnen das nicht möglich ist - verlassen Sie bitte den Raum. Die Rede ist sonst nicht mitzuhören; schließlich soll auf diesen Beitrag auch noch reagiert werden. Ich bitte deshalb um Aufmerksamkeit.

(Zuruf von der SPD: Er kann ja lauter reden.)

Dr. Fischer (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter diesen von mir genannten Aspekten ist das Kulturwissenschaftliche Institut überflüssig. Die bereitgestellten Mittel könnte für andere Forschungszwecke weitaus besser eingesetzt und sollten bestehenden Institutionen nicht abgezogen werden.

Die CDU-Fraktion hat auf die schlechte Situation bei der Großgeräteausstattung immer wieder verwiesen. Herr Kollege Schultz-Tornau von der F.D.P. hat in seiner letzten Haushaltsrede auf die Erneuerungsrate für die Großgeräte und für Geräte überhaupt aufmerksam gemacht, die nur etwa 1,2 % beträgt. Das bedeutet, die vorhandenen Geräte könnten frühestens in einem Zeitraum von 85 Jahren ersetzt werden. Diese Zahl spricht für sich - und gegen die Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Wer weiß, daß die wissenschaftliche Arbeit unserer Hochschulen ohne moderne Großgeräte gefährdet, wenn nicht gar unmöglich ist, wer weiß, daß der Abstand zu konkurrierenden Bundesländern oder zu anderen modernen Industrienationen immer größer wird, wer weiß, daß Stillstand insgesamt in diesem Bereich immer Rückschritt bedeutet, wer weiß, daß Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft an Nordrhein-Westfalen vorbeifließen, weil unsere Hochschulen nicht den geforderten Gerätestandard aufweisen, der sollte sich dann auch nicht beklagen, wenn die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes nur auf dem Papier und in den Festreden der SPD stattfindet.

Damit es bei meiner Kritik nicht untergeht: So begrüßenswert die Aufstockung um zehn Millionen DM im Haushalt ist - fünf Millionen DM stammen ja aus Bonn -, insgesamt ist das einfach angesichts des riesigen Nachholbedarfs zu wenig! Die wissenschaftlichen Bibliotheken, die Rechner der Hochschulen leiden seit Jahren unter dem chronischen Geldmangel der Landesregierung. Ebenso sind die Mittel für die Ersatzbeschaffung von Geräten an Fachhochschulen zu niedrig; schon seit Jahren müßten sie dringender höher sein.

Ein besonders trauriges Kapitel sozialdemokratischer Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ich kenne kein Bundesland, das dieses Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses so nachlässig und unsozial angeht. Es ist skandalös, wenn man als Parlamentarier hilflos mitansehen muß, wie hier habilitierte Wissenschaftler, wie hier sogenanntes Humankapital, wie hier geistige

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) und intellektuelle und wissenschaftliche Ressourcen verschleudert werden, wie hier viele hervorragende Wissenschaftler, deren Ausbildung Hunderttausende gekostet hat, jetzt in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und wieder auf Kosten des Steuerzahlers leben müssen, obwohl sie respektable und anerkannte wissenschaftliche Leistungen vollbracht haben und weiterhin erbringen könnten, wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ihnen dazu nicht jede Chance verweigerten. Was sich in diesem Bereich an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und insbesondere an den Universitäten abspielt, ist ein landespolitischer Skandal ersten Ranges. Ich bitte Sie, Frau Brunn, und Sie, Herr Ministerpräsident, endlich den Etikettenschwindel Brunn-Plan in einen echten Fiebiger-Plan umzuwandeln.

Ein zentraler Punkt ist auch das BAföG. In diesem Zusammenhang höre ich von Sozialdemokraten in Bonn und Düsseldorf, auch und besonders von der Wissenschaftsministerin unseres Landes, immer außerordentlich scharfe Töne in Richtung Bundesregierung. An keiner Stelle wird die Unehrlichkeit der Landesregierung so deutlich greifbar, ohne es polemisch zu formulieren: Ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren oder jemals darauf hinzuweisen, streicht die Landesregierung über 15 Millionen DM BAföG-Gewinne ein, weil die Zahl der Geförderten aus vielerlei Gründen zurückgeht. Wenn Sie, Frau Brunn, der Bevölkerung und den Studenten die schlimmen Auswirkungen einer angeblich miesen Bonner Sozialpolitik verkünden, dann sagen Sie aber doch bitte auch dazu, daß die Landesregierung viel Geld einspart, im Haushalt 1988 allein über 15 Millionen DM. Wenn Sie dieses Geld aber nicht einsparen wollen, dann gründen Sie doch eine landeseigene Förderungseinrichtung oder Stiftung, damit diese Gelder nicht stillschweigend im riesigen nordrhein-westfälischen Schuldenloch verschwinden.

Meine Damen und Herren! Der Etat im Bereich von Wissenschaft und Forschung schildert die ganze Misere dieser Landesregierung. Es werden allenfalls einige Millionen hin und her geschoben, ohne daß grundsätzliche Änderungen erfolgen. Ich habe das eben an mehreren markanten Beispielen verdeutlicht.

Jeder Kenner der Hochschulszene weiß, daß die Bereiche Forschungsförderung, Großgeräteausstattung, Bibliotheksmittel, Graduiertenförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zentrale Punkte für unsere Hochschulen sind. Wer seine Erwartungen aber auf eine ökonomische und ökologische Erneuerung dieses Landes durch

seine zahlreichen Hochschulen richtet, muß das auch im Haushalt dokumentieren. Davon jedoch sind wir weit entfernt. Was im Wissenschaftshaushalt zu finden ist, läßt sich allenfalls mit "Mängelverwaltung" umschreiben, nicht aber mit Zukunftsoffensive. Nirgendwo wird die Plan- und Konzeptionslosigkeit der Landesregierung so deutlich greifbar. An die Stelle von aktiver Hochschulpolitik ist die Verwaltung des Mangels getreten. Hochschulpolitik findet nicht mehr statt, es sei denn, meine Damen und Herren von der SPD, Sie hätten Ihre Ansprüche so gesenkt, daß Sie das Hin- und Herschieben einzelner Beträge für Politik halten. Unseren Vorstellungen entspricht das nicht. Wir meinen, daß die SPD, die von den Hochschulen einen besonderen Beitrag zur Erneuerung unseres Landes erwartet, ihnen dann dazu die entsprechenden Freiheiten und die notwendigen Finanzmittel gewähren muß.

Wir wissen, daß gute Wissenschaftspolitik zugleich ein wichtiger Beitrag zur Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik ist. Deshalb ist gute Wissenschaftspolitik zwar nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.

Wer sich einmal unbefangen die Zahlen der von mir genannten Titel und Bereiche ansieht - meine Aufzählung war nur exemplarisch; sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit -, wer sich also diese Zahlen einmal anschaut, weiß, wie berechtigt meine Kritik ist. Ich füge hinzu: Ich sage dies nicht triumphierend, vielmehr bedauernd. Ich wünschte, es gelänge, unser Land aus der Abstiegsgefahr recht bald wieder zum Spitzenreiter zu machen, vor allem im zukunftssträchtigen Bereich von Wissenschaft und Forschung.

Am Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bürokratische Hemmnisse, mangelnde Flexibilität, fehlende Geldmittel, Konzeptionslosigkeit und auch ideologische Barrieren - siehe Witten-Herdecke - verhindern in Nordrhein-Westfalen eine zukunftsweisende, zukunftssträchtige, unserem Land einen neuen Auftrieb gebende Wissenschaftspolitik. Ich wünschte mir - in freier Abwandlung eines Wortes unseres Bundespräsidenten - bei dieser Landesregierung mehr lebendigen Geist vor dem Lichtwagen der Wissenschaft; dann wäre mir um die Zukunft unseres Landes nicht mehr bange.

Unser Land hat zahlreiche gute Hochschulen. Unser Land hat viele tüchtige Studenten. Unser Land hat eine große Zahl leistungsfähiger Wissenschaftler. Was unserem Land fehlt, ist eine Landesregierung, die durch kompetente und intelligente Wissenschaftspolitik angemessene Rahmenbedingungen und

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) Grundlagen schafft, damit diese Pfunde wuchern können. Doch leider sind wir davon noch zweieinhalb Jahre entfernt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben soeben über Wissenschaft diskutiert, wir haben markante Punkte angesprochen. Ich möchte nicht noch einmal in einem zweiten Aufguß in die allgemeine Debatte einsteigen,

(Beifall)

sondern einen Punkt ansprechen, der manchem hier marginal erscheinen mag, den ich aber als so wichtig ansehe, daß ich ihn noch einmal aufgreifen möchte.

Ich war vorige Woche mit der Landtagsfraktion in Münster und hatte als einen Besichtigungspunkt das Studienkolleg in Münster. Dort befinden sich ausländische Studierende, die auf ein Hochschulstudium vorbereitet werden; wir haben davon vier in Nordrhein-Westfalen.

- (B) Frau Ministerin, was ich dort gesehen habe, was am Tage zuvor der Petitionsausschuß des Landtages gesehen hat und was die Kollegin Frau Garbe und der Kollege Schultheis schon im Sommer dieses Jahres in einer Anfrage angesprochen haben - das hat nun wirklich mit der zwischen Opposition und Regierung manchmal üblichen polemischen Auseinandersetzung nichts zu tun -, das habe ich schlicht als beschämend empfunden. Man kann nicht ausländische Studierende, die später in ihren Ländern eine Art Elite, also Führungskräfte werden sollen, einladen, zu uns zu kommen und sie dann in Kellerräumen unterbringen, wie es hier geschieht. Da steht: Toilette, und drunter steht: Studienkolleg. Es handelt sich um Räume, die viel zu eng sind, in denen man sich kaum bewegen kann und die von der Gewerbeaufsicht nicht abgenommen werden könnten, wenn sie sich denn tatsächlich einmal ernsthaft damit befassen würde. Die Fenster können wegen des Lärms von der Straße nicht geöffnet werden. Das sind unhaltbare Zustände. Ich sage das ganz bewußt hier vor dem ganzen Plenum. Ich weiß, daß Sie nicht allein zuständig sind; auch der Kultusminister ist zuständig. Auch der Finanzminister müßte etwas dazu tun. Ich werde Sie aber in diesem Punkt bei jeder Gelegenheit, die sich ergibt, so lange piesacken und quälen - Ich hoffe, daß das

- (C) nicht allzu lange sein wird -, bis dieser Zustand beseitigt wird. Jeder, der sich das anschaut, wird mir recht geben: Wir alle haben Anlaß, uns so lange zu schämen, bis dieser Zustand beseitigt wird.

Ich hoffe, einen Beitrag hier dazu geleistet zu haben, daß das sehr schnell geschieht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwei kurze Bemerkungen zur Einleitung. Herr Kollege Fischer, es wundert mich schon etwas - über Einzelheiten können wir auch im zuständigen Fachausschuß lange streiten -, wenn Sie vom Prinzip her sagen, Sie wollten die Gelder vom Kulturwissenschaftlichen Institut abziehen und für Großgeräte verwenden. Das kann man doch nicht machen, wenn man sich gleichzeitig für eine Vorrangstellung der Geistes- und Kulturwissenschaften ausspricht. Das eine schließt doch wohl das andere aus. Da müßten Sie sich schon eine bessere Umwidmung einfallen lassen.

- (D) Das zweite aus Ihrer Rede, was ich hier ansprechen möchte, ist die Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dieses Problem bewegt mich sehr ernst. Wir haben ja hier diesen Fiebliger-Plan nordrhein-westfälischer Prägung aufgelegt: 30 Stellen im Haushalt 1987. Wir haben 26 Entscheidungen durch die Kommission, die von Ministerien und Hochschulen gemeinsam getragen wird. Das heißt, der vorhandene Rahmen drohte nicht einmal ausgeschöpft zu werden. Ich habe meinen kleinen bescheidenen Einfluß dahin gehend geltend gemacht, daß dieser Rahmen ausgeschöpft wird. Ich habe die Befürchtung, daß um des Erhaltes von sonstigen Stellen willen wir hier auch dieses für 1988 vorgesehene Kontingent nicht ausschöpfen wollen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kniola (SPD): Ich will eben den Gedanken zu Ende führen.

Ich habe dabei folgendes Problem. Ich sehe, wie Professoren, die in Ämtern sind, sich in öffentlichen Äußerungen sehr vehement über die mißliche Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses auslassen. Ich sehe aber auch, daß dieselben Professoren gleichzeitig Anträge stellen, ihre eigene Dienstzeit über das

(Kniola (SPD))

- (A) 65. Lebensjahr hinaus bis 68 Jahre verlängert zu bekommen. Dies ist ein Zustand, den ich nicht mitmachen werde. Ich hoffe, daß ich Ihre Unterstützung in dem Bemühen habe, in Einzelfällen auch ein vorzeitiges Ausscheiden von Professoren zu erreichen - was ja nach dem Landesbeamtengesetz möglich ist -, damit auf diesem, dem einzig wirklich effektiven Weg Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs frei werden.

Frau Vizepräsident Friebe: Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fischer!

Dr. Fischer (CDU): Herr Kollege Kniola, kann ich davon ausgehen, daß Ihnen folgende Tatsache bekannt ist: In allen anderen Bundesländern beinhaltet der Fiebiger-Plan, daß zusätzliche Stellen den Hochschulen zugewiesen werden, während die nordrhein-westfälische Variante eben keine zusätzlichen Stellen beinhaltet; es werden nur vorhandene Stellen umgewidmet. Sehen Sie nicht auch, daß dies ein grundlegender Unterschied ist?

Kniola (SPD): Ich sehe diesen Unterschied. Aber der Unterschied ist nicht so grundlegend, wie Sie das hier behaupten. Bei uns können Stellen - egal welcher Wertigkeit - umgewandelt werden, also zum Beispiel eine BAT-8-Stelle - ich will jetzt nichts gegen BAT 8 sagen - in eine C-4-Stelle. In anderen Bundesländern ist es so, daß das hier nur zusätzliche Stellen auf Zeit sind. Selbstverständlich müssen diese Stellen dann anschließend wieder von den Hochschulen abgegeben werden. Es ist also nicht so, daß hier der Haushalt der Hochschule jeweils im einzelnen ausgeweitet wird. - Aber das waren nur zwei kleine Randbemerkungen. Ich hatte mich hier noch einmal zu einem anderen Problem gemeldet.

(B)

Insgesamt ist ja das, was wir hier an Diskussionsbeiträgen erlebt haben - vorhin von Herrn Kollegen Dr. Posdorf und gerade von Herrn Kollegen Dr. Fischer -, keine Widerspiegelung des Diskussionsstandes im Wissenschaftsausschuß. Wir sind dort viel sachorientierter. Immerhin wurden 19 der 21 Anträge der SPD-Fraktion mit Zustimmung der CDU angenommen. Schon daran kann man sehen, wie die Übereinstimmung in der Sache eigentlich ist. Ich bedaure es ein bißchen, daß sich Herr Kollege Schultz-Tornau wegen der grundsätzlichen Haltung der F.D.P. nicht beteiligen konnte. Es ist schwierig - und das gilt schon für mehrere Jahre leider auch in bezug auf die CDU-Opposition -: Wenn keine Anträge da sind, kann man auch nicht alternativ entscheiden. Sie haben es doch nun gerade im Wissenschaftsbereich mehrfach erlebt, daß wir auch zu gemeinsamen Posi-

tionen gefunden haben. Opposition würde eben verlangen, daß man auch in die Sache seine eigenen Alternativen einbringt. Von daher verstehe ich auch das nicht, was Sie vorhin beim Einzelplan 02 an großer Akzentsetzung gemacht haben. Diese große Akzentsetzung, die Sie hier mit allgemeinen Worten ausgedrückt haben, hätte eigentlich der Konkretisierung durch Anträge im Ausschuß bedurft.

(C)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schaumann?

(Kniola (SPD): Gern!)

- Bitte schön!

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Kollege, teilen Sie meine Erinnerung, daß die F.D.P.-Fraktion im letzten Jahr für den Haushalt 1987 einige wichtige Änderungsanträge gestellt hat, die die SPD-Fraktion im Ausschuß allesamt abgelehnt hat?

Kniola (SPD): Ihre Erinnerung trügt Sie nicht, Herr Kollege. Diese Anträge waren leider ohne Deckung. Deswegen mußten wir Sie ablehnen.

(Abg. Dorn (F.D.P.): Wir haben konkrete Deckungsvorschläge gemacht! - Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Nun gibt es aber einen Beschluß, den ich gern hier vorstellen möchte, weil er für unser Land wichtig ist. Wir haben die Landesmittel, die für CTC, also das Crew-Training-Center, und für MUSC, das Mikrogravitations-User-Service-Center, bei der DFVLR in Köln vorgesehen sind, gesperrt. Der Hintergrund dieses Beschlusses der beiden Ausschüsse, die sich bis jetzt damit befaßt haben, ist nicht irgendeine ideologische Position in bezug auf bemannte oder, Frau Kollegin Ridder, in bezug auf beweilte Weltraumfahrt oder ähnliches, sondern wir haben dabei einzig und allein gemeinsam das Landsinteresse im Auge gehabt.

(D)

In dem Gerangel zwischen den Bundesländern um den Sitz der künftigen Weltraumagentur hat das Land Nordrhein-Westfalen über seine Finanzierungsverpflichtung hinaus 44 Millionen für CTC und MUSC bei der DFVLR in Köln bereitgestellt. Davon sind rund 10 Millionen DM für das Crew-Training-Center vorgesehen, für den Bereich, der technologisch im Bereich der Weltraumforschung sicherlich am uninteressantesten ist.

Dieses Geld haben wir als Land Nordrhein-Westfalen nur zur Verfügung gestellt, weil

(Kniola (SPD))

- (A) wir damit erreichen wollen, daß Nordrhein-Westfalen bei den Auseinandersetzungen um den Sitz der künftigen Weltraumagentur gute Chancen hat und diese Weltraumagentur ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen erhält. Die NARA - wie sie allgemein bezeichnet ist - wird wesentlich auf das Know-how und das Personal der Einrichtung in Köln-Porz angewiesen sein.

Es wäre ein Treppenwitz, wenn wir erhebliche Mittel aus der Landeskasse einsetzen und anschließend die Weltraumagentur durch eine politisch motivierte Bundesentscheidung außerhalb Nordrhein-Westfalens angesiedelt würde. Deshalb kann das, was wir hier als Sperrvermerk ausgebracht haben, nur als Signal in Richtung Bonn verstanden werden: Die Weltraumagentur muß nach Nordrhein-Westfalen. Nur dann sind wir bereit, die erheblichen, über unsere Verpflichtung hinausgehenden Mittel für den Ausbau von CTC und MUSC in Köln zur Verfügung zu stellen.

Ich darf mich bedanken, daß dieser Sperrvermerk mit dieser Intention von allen drei Fraktionen dieses Hauses gemeinsam getragen wird - das ist ausdrücklich so zu Protokoll gegeben worden -, so daß ich daraus auch ableiten darf, daß wir uns in Bonn gemeinsam für die Interessen Nordrhein-Westfalens einsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 06.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2626 zustimmen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 06 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Ich rufe nun auf den

Einzelplan 05: Kultusminister

in Verbindung damit:

Abbau von Unterrichtsausfall durch Schaffung eines Einstellungskorridors für Lehrer (C)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/2555

Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksache 10/2675

Mit Drucksache 10/2694 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/2703 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vor. Beide werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Abg. Matthäus von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich lediglich auf unseren Entschließungsantrag Drucksache 10/2703, weil die anderen Anträge bereits in der vorigen Sitzung inhaltlich ausreichend diskutiert worden sind.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in der letzten Woche Demonstrationen von Arbeitslosen und von solchen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, erlebt. Alle haben darauf verwiesen, daß unser Land und seine einzelnen Regionen überleben wollen und die Kraft zum Überleben haben. In Nordrhein-Westfalen leben Menschen, die immer Innovationen getragen haben, Menschen, die nach wie vor belastbar sind und die bereit sind, die Last dieses Landes mitzutragen. Es sind Menschen, die ihre Heimat lieben, die hier bleiben wollen und die hier ihre Arbeitskraft anbieten. (D)

Aber dazu brauchen wir neue Industrien, die bereit sind, sich hier anzusiedeln, die Arbeitskraft der Menschen hier anzunehmen und hier heimisch zu werden. Wir aber müssen dafür die Voraussetzungen schaffen, und zwar neben den Vorzügen, die Nordrhein-Westfalen zu bieten hat. Diese Voraussetzungen können nicht nur, sondern müssen sogar auch in der Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik liegen.

Sie haben unseren Entschließungsantrag zu diesen drei Bereichen vorliegen. Alles, was wir darin fordern, ist nicht neu. Aber wir sagen Ihnen immer wieder, daß eine Erneuerung unseres Landes nur möglich ist, wenn wir den Boden dazu bereiten.

Meine Kollegen Posdorf und Reul haben zu den Bereichen Schule und Wissenschaft einiges gesagt. Ich will nur noch wenige Sätze zur Kulturlandschaft sagen.

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) Die ganze Breite der kulturellen Szene ist als Standortfaktor wichtig und muß dann doch auch finanzielle Konsequenzen haben. Wir wollen und können solche Standortfaktoren nicht bezahlen, aber wir können Signale setzen. Die Mitfinanzierung durch das Land macht unseren Bürgern immer wieder klar, daß hier Aktivitäten stattfinden, die vom Land gesehen und anerkannt werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind zu privatem Engagement bereit, auch zu finanziellem. Wir müssen ihnen dazu nur die Chance bieten, zum Beispiel durch eine Stiftung, in der sie mitmachen können. Ich habe mich gefreut, als ich erfuhr, daß es gerade jetzt möglich war, daß Bürger einer kleinen Stadt 60 000 DM für den Erwerb eines Bildes gesammelt haben.

Wir haben bessere Förderung der Theater und Orchester angemahnt. Mit 4,41 DM pro Kopf am Ende der Bezuschussung zu liegen tut bei der Vielseitigkeit und Qualität unserer Theater und Orchester einfach weh. Das Inaussichtstellen von 5 Millionen DM für 1989 - nicht etwa für das Jahr 1988 - für Kooperationen halten wir für nicht ausreichend und vom Inhalt her nicht für die beste Lösung. Jedes Theater, das geschlossen werden muß, mindert die Lebensqualität einer ganzen Region und mindert gleichzeitig die Möglichkeiten, Qualität und Akzeptanz einer ganzen Reihe von freien Gruppen.

- (B) Wir müssen endlich auch all denen wieder helfen, die in Ausgleichsstockgemeinden ohne jede Hilfe Jugendmusikschulen oder Bibliotheken mit kommunalen Aufgaben in nicht-kommunaler Trägerschaft unterhalten. Auch solche Aufgaben gehören dazu, wenn wir davon sprechen, daß sich die Bürger in unserem Lande wohlfühlen sollen, daß sie hier bei uns überleben wollen und die Kraft zum Überleben schöpfen müssen.

Wir wissen, daß es immer noch schwierig ist, Mittel für solche Aufgaben den Finanzpolitikern abzutrotzen. Aber ist das Fördern von Kreativität nicht wichtiger als zum Beispiel das kostenlose Aushändigen von Schildern "Unter Denkmalschutz", für die das Land immerhin lächelnd 1 Million DM ausgibt?

Zukunft lebt aus der Vergangenheit und baut auf Traditionen auf. Daran wollen wir nichts ändern. Aber ändern würden wir gern etwas an der kostenlosen Abgabe der Schilder. Denn wir wüßten wesentlich Besseres mit 1 Million DM anzufangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Gerritz das Wort.

(C)

Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mehr als nur der Erwähnung wert, wenn der Kulturhaushalt des Landes auch in diesem Jahr wächst, und zwar immerhin um 5,8 %. Ein solches Wachstum ist nie selbstverständlich und schon gar nicht in einem Jahr, in dem sich alle übrigen Haushalte geradezu stranguliert fühlen müssen. Ich danke der Landesregierung für ihren Beitrag und meiner Fraktion für die Einsicht, in vier Fällen noch zusätzlich eine positive Veränderung vornehmen zu müssen. Gefreut hat mich der eine oder andere respektvolle Satz des einen oder anderen Kollegen aus der CDU-Fraktion vor dem Hintergrund dieses Ereignisses.

Johannes Rau, der Ministerpräsident, hat der Kultur in seiner Rede vor dem Bochumer Landesparteitag Anfang Oktober ein Kapitel gewidmet, aus dem ich, mit Genehmigung des Präsidenten, drei Sätze zitieren möchte.

Erster Satz:

Kultur wird zu einem immer wichtigeren Faktor für die ökonomische Entwicklung.

Zweiter Satz:

Kultur war immer Vorreiter und Triebkraft dieses Prozesses.

(D)

Dritter Satz:

Aufwendungen für Kultur sind nicht mißzuverstehen als Stuck am Gebäude der Wirtschaft; Ausgaben für Kultur sind Investitionen für unsere Zukunft.

Dem Wort des Ministerpräsidenten sind Taten gefolgt. Ich gestatte mir einige zu nennen.

1. Den kommunalen und Landestheatern und den Orchestern stehen 1988 2,5 Millionen DM mehr zur Verfügung als in diesem Jahr. Damit ist auch 1988 die gemeinsame Entschließung von CDU und SPD aus der letzten Legislaturperiode umgesetzt worden. Jedermann ist sich jedoch darüber klar, daß die Hilfen des Landes für die kommunalen Theater und Orchester unzureichend sind. Verhandlungen mit Theaterleuten und Kulturdezernenten führt der Kultusminister seit einiger Zeit. Wir gehen davon aus - "wir" meint die SPD-Fraktion, aber auch den Kulturausschuß in seiner Gesamtheit -, daß uns Ergebnisse dieser Verhandlungen Anfang 1988 vorliegen, und wir gehen davon aus, daß 1989 finanzielle Konsequenzen aus diesen Verhandlungen gezogen werden.

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Als Einschub ein kurzer Kommentar zum Ergebnis christdemokratischer Haushaltsberatung. Der Kommentar, Frau Kollegin Matthäus, fällt deshalb kurz aus, weil eigentlich nichts zu melden ist. Man wollte den kommunalen Theatern und Orchestern 10 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung stellen. Man trat mit diesem pompösen Ansinnen vor die Presse, erweckte Hoffnungen - und zog dann mangels Deckung oder aus anderen mir nicht erklärlichen Gründen den Antrag stillschweigend zurück; er liegt uns heute nicht mehr vor.

Ein solches Verfahren: so zu tun, als ob, und das auch noch öffentlich, wirkt auf meine Kollegen und auch auf mich wenig honorig.

Heute dann fand ich in einem Briefumschlag den Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsplan des Landes; Frau Matthäus, Sie haben über ihn gesprochen.

Vier Punkte befassen sich mit dem Thema Kultur. Aus diesen vier Punkten nenne und zitiere ich mit Ihrer Zustimmung die jeweils zentralen Sätze:

- (B) "Eine lebendige und kulturelle Szene ist ein wichtiger Standortfaktor." - Aus dem zweiten Absatz: "Die kulturelle Vielfalt lebt wesentlich vom privaten Engagement." - Aus dem dritten Absatz: "Die Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist in ihrer Dichte und Vielfalt beispiellos in der Bundesrepublik; ist aber zunehmend bedroht." - Und der Höhepunkt der Erkenntnisse steht im vierten Abschnitt. Da heißt es: "Bibliotheken ... leisten einen wichtigen Beitrag zur Leseförderung."

Ich bin überzeugt, daß auch die allerneuesten Abgeordneten in diesem Hause einer solchen Nachhilfestunde nicht bedurft hätten. Mit einer Haushaltsberatung haben diese Positionen nichts zu tun.

Als ich das gelesen hatte, fiel mir ein Zitat Ihres Bundesvorsitzenden ein. Das bezog sich allerdings nicht auf die Union in Nordrhein-Westfalen, sondern auf die Union in Schleswig-Holstein. Er sagte: "Von einer Situation innerhalb der Union kann keine Rede sein." Dieses Zitat fiel mir ein, als ich Ihre vier Abschnitte las.

Ich kehre zum Kulturhaushalt 1988 und den Anträgen der SPD zurück. Ich komme 2. zur Westfälischen Schauspielschule. Sie liegt, wie Sie wissen, in Bochum. Auch sie ist eine kommunale Einrichtung. Sie geht jedoch in ihren Leistungen weit über die Grenzen der Stadt und des Landes Nordrhein-Westfalen

hinaus. Die SPD-Fraktion hat diese Leistungen anerkannt und ihren Beitrag fast verdoppelt, nämlich von 385 000 auf 750 000 DM. Sie hat allerdings auch deutlich gemacht, daß bei der Entwicklung der Folkwang-Schule für Darstellende Kunst in Essen die in der Nachbarschaft gelegene Westfälische Schauspielschule nicht übersehen werden darf. Wir halten es zumindest für denkbar, daß die Westfälische Schauspielschule in Bochum sich einmal zu einer Essener Dependence entwickelt.

3. Daß die Stadt Oberhausen wie kaum eine andere unter wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen zu leiden hat, weiß jeder hier. Möglicherweise weiß aber nicht jeder, daß der Regierungspräsident glaubte, daraus die Konsequenz ziehen zu müssen, den Oberhausenern zu empfehlen, die Kurzfilmtage nur noch alle zwei oder drei Jahre stattfinden zu lassen. Die SPD-Landtagsfraktion hält einen solchen Vorschlag für nicht zweckdienlich und hat daher der Stadt erneut unter die Arme gegriffen, um sicherzustellen, daß die Oberhausener Kurzfilmtage wie in allen Jahrzehnten bisher kontinuierlich Jahr für Jahr stattfinden.

4. Liest man die Lokalteile unserer nordrhein-westfälischen Zeitungen, dann könnte bisweilen der Eindruck entstehen, daß kaum ein Kulturinstitut in manchen Kommunen so gefährdet ist wie die Stadtbücherei. Kommunale Büchereien zur Dispositionsmasse für Sanierung kommunaler Haushalte zu degradieren, davor kann nur gewarnt werden. Man scheint manchmal nicht zu begreifen, daß eine Bibliothek mehr ist als ein x-beliebiges Kulturinstitut. Eine Bücherei ist ein Bildungsinstitut ersten Ranges. Sie hat für die Fort- und Weiterbildung eine unmeßbare Bedeutung. Es wird sich mittelfristig in Heller und Pfennig niederschlagen, wenn in der einen Stadt, Moers zum Beispiel, über 20 % der Bewohner Benutzer der kommunalen Bücherei sind oder, zum Beispiel Krefeld, 7 %. Zukunftsinvestitionen in unseren Städten und Gemeinden sollten in den kommunalen Büchereien beginnen. Ich bin meiner Fraktion dafür dankbar, daß sie den Ansatz für Bibliotheken um 900 000 DM erhöht hat und daß außerdem 100 000 DM zusätzlich zur Förderung der Literatur in unserem Land zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise für Autorenlesungen.

5. Zum ersten Mal erscheint die Länderstiftung in unserem Haushalt, und zwar mit 2,8 Millionen. Die SPD-Fraktion begrüßt die Gründung dieser Länderstiftung. Auch sie war eine Schweregeburt - nach den Fehlgeburten Nationalstiftung und Stiftung Ludwig.

(C)

(D)

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Wir haben 1986 darauf hingewiesen und wiederholen dies auch hier: Das nordrhein-westfälische Parlament muß in die Arbeit auch dieser Länderstiftung einbezogen werden. Wir erwarten nun allerdings allmählich Vollzug unserer Forderung.

Ich bin überzeugt, daß das Jahr 1987 in die Kulturgeschichte unseres Landes eingehen wird. Wir haben da viel entwickelt, was 1988 und in den Jahren danach Früchte tragen wird. Ich nenne fünferlei:

1. 1988 wird die Landesmusikakademie eröffnet, ein Institut in der Trägerschaft des Landesmusikrats, von dem wir viel erwarten.

2. 1988 wird das Jahr sein, in dem die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden müssen, die aus dem jüngst verabschiedeten Kunsthochschulgesetz erwachsen. Ich hoffe, die beteiligten Ministerien - nach meinem Dafürhalten ist auch das Kultusministerium zu beteiligen - verfügen über den nötigen Mut und die nötige Einsicht, weittragende Beschlüsse zu fassen. Dies gilt besonders für die Kölner Hochschule für Film, Funk und Fernsehen, aber auch für die Folkwang-Hochschule für Darstellende Kunst.

- (B) 3. Im nächsten Jahr werden wir, so hoffe ich, die ersten Früchte aus der Landesstiftung Natur/Kultur ernten; sie hat einen etwas komplizierteren Namen. Geld steht zur Verfügung. Jedoch sei an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß wir - CDU, F.D.P. und SPD - im Kulturausschuß eine Anbindung des Parlaments erwarten. Eine ganze Reihe von Fragen bedarf der Klärung, damit die Arbeit dieser Stiftung tatsächlich dem Wohl unseres Landes dient.

4. Wir gehen davon aus, daß 1988 das Landesarchivgesetz verabschiedet wird.

5. 1988 findet in Nordrhein-Westfalen, und zwar in der Stadt Leverkusen, zum ersten Mal eine Internationale Tanz-Biennale statt, eine Steigerung der Aktivitäten des Tanztheaters in Wuppertal und in Essen. Wenn das funktioniert, wird Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit dem besten Tanztheater sein.

Wir haben, meine Damen und Herren, wie ich meine, insgesamt ein erfolgreiches Jahr hinter uns. Trotz der katastrophalen Lage aller öffentlichen Haushalte - die Ursachen dieser Situation werden in diesen Tagen ausreichend ergründet - verfüge ich über genügend Optimismus, anzunehmen, daß wir auch 1988 das kulturelle Leben unseres Landes bereichern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion spricht jetzt Frau Abg. Witteler-Koch. Bitte sehr! (C)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Gerritz, wenn ich Ihren Ausführungen sehr aufmerksam lausche, kann ich natürlich verstehen, daß Sie geneigt sind, alles und jedes für die Mehrheitsfraktion sehr positiv darzustellen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Vom ersten Eindruck her stellt sich auch die Kulturpolitik des Landes sehr positiv dar.

(Zuruf: Was? und Zustimmung bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, die Daten einfach so hinzunehmen, wie sie sich darstellen. Auch in der Kulturpolitik sind meines Erachtens Prioritäten gefordert - Prioritäten, die wir bisher ja in allen Bereichen vermissen mußten. Nicht zuletzt deswegen haben wir als F.D.P.-Fraktion ja auch gefordert, diesen Haushalt zurückzunehmen, damit noch Prioritäten eingebaut werden können.

(Aigner (SPD): Den Quatsch haben wir doch weggestimmt; das ist doch erledigt!)

- Aber mit Geduld könnten Sie sich doch noch einmal mit dem Kulturhaushalt beschäftigen; denn das, was Sie jetzt an Erhöhungen im Kulturhaushalt empfehlen, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen ein Konzept, das mittel- und langfristig der Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen hilft. (D)

(Aigner (SPD): Stellen Sie Erhöhungsanträge!)

- Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich! Ich bin gerne bereit, darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 22. Oktober, und zwar aus einem Artikel von Marie Hüllenkrämer, die ein Gespräch mit Ministerpräsident Rau geführt hat:

Eine Gesellschaft mit ökonomischen Problemen, die auch noch die Kultur verkommen läßt, rutscht ins Elend. Gerade jetzt darf unser Land nicht auf Kultur verzichten. Die kulturelle Vielfalt ist ein Stück unserer Identität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Herr Ministerpräsident, dies sind Ihre Worte vom Parteitag Anfang Oktober 1987, die die Redakteurin innerhalb des Gesprächs noch einmal erwähnt hat.

Sie reden unter anderem davon, daß die Theater in Zukunft noch stärker gefördert werden müßten. Sie reden davon, daß dieser Kulturetat kein Sparetat sei. Sie verweisen wieder auf die zu setzenden Prioritäten. Ich frage Sie deshalb mit aller Deutlichkeit: Wo setzen Sie denn Ihre Prioritäten, bezogen auf den gesamten Kulturhaushalt?

Sie sagen unter anderem, Herr Ministerpräsident, daß Herr Späth für Sie in der Kulturpolitik nicht Vorbild sei, sondern Gegenstand Ihres Neides, was seine finanziellen Möglichkeiten anginge. Mir wäre lieber, Sie sähen ihn als Vorbild, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie hatten, auch was die Kulturpolitik dieses Landes angeht, eine Chance. Sie hätten, genau wie in der Wirtschaftspolitik, rechtzeitig agieren können. Heute können Sie nur noch reagieren. Die Fäden, die Sie einmal hätten in der Hand halten können, sind Ihnen auch in diesem Bereich entrutscht. Sie hätten mit einer guten Kulturpolitik für dieses Land eine ganze Menge tun können; aber Sie haben auch diese Chance nicht genutzt. Auch hier müssen wir Ihnen ganz klar Managementfehler vorwerfen.

- (B) In dem Artikel des "Kölner Stadt-Anzeiger" sagen Sie weiter - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Der eine hat Daimler-Benz, der andere Ruhrkohle. Der eine wirft Steuern ab, die für Kulturförderung eingesetzt werden können, der andere - Ruhrkohle - nicht.

Herr Ministerpräsident, da wäre doch die Chance für Nordrhein-Westfalen gewesen, Daimler-Benz die Teststrecke anzubieten, schnell und flexibel für den Markt in Nordrhein-Westfalen zu reagieren.

(Minister Dr. Posser: Das hat er doch getan!)

Aber nichts dergleichen ist geschehen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

- Aber wann denn?

(Zurufe von der SPD)

Im übrigen, meine Damen und Herren - auch hier scheint der Ministerpräsident nicht

richtig informiert zu sein -: Daß die Ruhrkohle kulturell für dieses Land nichts bringt, kann doch wohl nicht wahr sein! (C)

(Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sich einmal genau informieren, dann können Sie sich davon überzeugen, daß das Engagement der Mitarbeiter der Ruhrkohle AG immerhin dazu geführt hat, daß sie mit stattlichen 13 Chören und mehreren Orchestern von Belegschaftsangehörigen aufwarten kann.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Weitere Aktivitäten ließen sich aufzählen. Nur, ich habe das Gefühl, daß der Ministerpräsident diese nicht kennt, sonst würde er solche Aussagen in den Interviews nicht machen.

Wir Liberalen setzen uns dafür ein, die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch ein optimales Bildungsangebot so zu fördern, daß auch musische, manuelle, kreative und sportliche Neigungen der Kinder berücksichtigt werden. Kunst ist doch als eine eigene Art der Wirklichkeitserfassung und -bewältigung zu verstehen. Kunst ist deshalb Bewährung für kreative Fähigkeiten. Kreative Fähigkeiten bedeuten aber nichts anderes, als daß Denken und Arbeiten, Wahrnehmung und Ausdruck in völlig neuen Zusammenhängen erfolgen.

Kunst und Kultur bedeuten somit eine Schärfung der Sensibilität, der Erfahrung und des Verständnisses und sind auch - und das ist ganz entscheidend - Bildung. Schule beispielsweise muß mehr sein als ein Lernort; Schule kann auch als Kristallisationspunkt von Kultur verstanden werden - ein Ort, an dem auch andere kulturelle Aktivitäten einer Gemeinde oder eines Stadtteils stattfinden. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, mit Recht heißt es: Kommunalpolitik ist vor allem Kulturpolitik. Kulturpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil und gehört zu den wenigen Freiräumen kommunaler Selbstverwaltung. Kommunale Kulturpolitik ist aber wohl der Politikbereich, der in Zeiten leerer Kassen besonders gefährdet ist. Nur, die Alternative zwischen Sozial- und Kulturausgaben ist sicherlich keine und darf auch keine werden.

Die Attraktivität und damit die Zukunft der Städte und Gemeinden wird wesentlich durch den Reichtum ihres kulturellen Lebens mitbestimmt. Dies macht das Profil einer Gemeinde aus, und mosaiksteinartig bildet es auch das Image eines Landes.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Die Imageverbesserung des Landes, meine Damen und Herren, muß dabei aber nicht bedeuten, daß die öffentliche Hand alles und jeden in der kulturellen Szene finanziert. Ich bin der Ansicht, daß, unabhängig von der hoheitlichen Aufgabe, auch das Mäzenatentum und Sponsoring gefördert werden sollten. Sicherlich müssen wir alle dazu beitragen, daß das Mäzenatentum und auch das Sponsoring in der Bundesrepublik - in diesem Fall ganz speziell in Nordrhein-Westfalen - gesellschaftsfähig werden. Private Geldgeber sind generell flexibel und schneller in der Lage, auf neue kulturelle Herausforderungen zu reagieren, und können sicherlich eher ein kulturelles Wagnis eingehen als öffentliche Verwaltungen.

Herr Ministerpräsident, Herr Kultusminister Schwier! Warum bedienen Sie sich beispielsweise nicht der Untersuchungen verschiedener Institute und Verbände, die genauen Aufschluß darüber geben, welche eine hohe Rendite zum Beispiel Kulturinvestitionen bringen können? Warum bedienen Sie sich nicht beispielsweise des Potentials eines Kreisdirektors aus Unna, Professor Krabs, der Kulturdezernent und Kämmerer des Kreises ist? Er hat sich mit dem Thema "Wirtschaftsfaktor Kultur" beschäftigt und mit einem klaren Ja die Frage der WAZ vom September beantwortet, ob kulturelle Aktivitäten und Strukturwandel tatsächlich zusammenhängen.

- (B) Auf die Frage, ob Überlegungen zur wirtschaftlichen Bedeutung von Kultur nicht vorerst noch im Bereich von Spekulationen liegen, konnte er auf amerikanische und Schweizer Untersuchungen hinweisen, die das Gegenteil beweisen. Eine Ermittlung der Züricher Julius-Bär-Stiftung ergibt, daß sich mit Investitionen im kulturellen Bereich eine hohe volkswirtschaftliche Rendite erwirtschaften läßt. In Zürich wurden die Auswirkungen von staatlichen Subventionen für Opernhaus, Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus untersucht. Ergebnis: Den Subventionen von 77 Millionen standen ein direkter Rückfluß von 25 Millionen und Ausgaben an die steuerzahlende Wirtschaft von 196 Millionen DM gegenüber.

Öffentliche Kultursubventionen sind so nicht etwa verlorenes Geld, sondern betriebswirtschaftlich und fiskalisch von hohem Nutzen, und sie sind hervorragend geeignet, jenes geistige Klima herbeizuführen, ohne das ein dauerhafter Umstrukturierungsprozeß - unter anderem im Ruhrgebiet - unmöglich ist.

Auch Krabs macht darauf aufmerksam, daß wir das - jedenfalls gegenwärtig - einzige positive Image für das Ruhrgebiet, das bisher

(C) darin bestand, eine der dichtesten Kulturlandschaften Europas zu sein, im Augenblick abbauen. Ich zitiere: "Etwas Unsinnigeres kann man sich gar nicht vorstellen!"

Herr Ministerpräsident! Dies alles muß Sie doch darauf bringen, daß wir endlich eine vernünftige Konzeption auch in diesem Bereich brauchen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ein paar Tage, nachdem Dr. Gerritz in der Presse verlauten ließ, daß es in diesem Jahr nichts und in den nächsten Jahren auch nichts an Geldern seitens des Landes geben könne, kam dann die Meldung des Ministerpräsidenten, daß 5 Millionen DM aus dem 89er Etat für Gelsenkirchen - und das in der Hauptsache - zur Verfügung gestellt werden sollten. Da weiß die linke Hand wieder nicht, was die rechte tut.

Was sagen Sie dann unseren Orchestern, denen Sie natürlich jetzt wieder etwas mehr Geld gegeben haben, die seit einigen Jahren um mehr Geld bitten? Da hilft auch die Resolution vom grünen Tisch nichts, meine Damen und Herren von SPD und CDU. Diese Menschen in den Orchestern brauchen Mittel, damit sie Solisten fest engagieren können, um mit diesen konkret planen zu können. Dieses Geld, das sie benötigen, wird aber wieder wegen der finanziellen Misere des Landes verwehrt.

(D) Herr Ministerpräsident, Sie prahlen überall damit, wie optimal die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen aussieht. Gehen Sie dabei nicht von Prozentzahlen aus, sondern schauen Sie sich doch einmal die Länderaufwendungen für Theater und Orchester an! Es ist beschämend, wenn man sich überlegt, daß Nordrhein-Westfalen in dieser Statistik an letzter Stelle steht. Nordrhein-Westfalen gibt einen Zuschuß von 4,20 DM pro Kopf für Theater und Orchester, im Vergleich dazu Baden-Württemberg 15,08 DM oder Bayern 16,35 DM, Berlin - gut, eine Sondersituation! - immerhin 106,46 DM. Ein anderes Beispiel: Hamburg 81,66 DM oder Schleswig-Holstein 11,87 DM.

Vizepräsident Dr. Riemer: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Frau Kollegin?

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Ja!)

- Bitte sehr!

Dr. Kraft (SPD): Frau Kollegin, darf ich fragen, ob Sie in der Vorbereitung Ihres heutigen Beitrags die Antwort der Landesre-

(Dr. Kraft (SPD))

- (A) gierung vom 4. Dezember auf meine Kleine Anfrage "Kulturförderung angesichts knapper finanzieller Ressourcen" gelesen haben? Haben Sie das in das eingearbeitet, was Sie da gerade erzählen?

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Ich habe sie gelesen.)

- Sie haben es aber nicht eingearbeitet; denn dann hätten Sie das, was Sie jetzt andauernd falsch darstellen, auch noch auf ungefähr 10 % dessen kürzen können, was Sie hier sagen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Vielleicht können Sie sich auf eine Frage konzentrieren.

Was bleibt bei dieser Betrachtung der Finanzierung in den einzelnen Ländern noch für die sogenannte dichteste Kulturlandschaft der Bundesrepublik übrig?

Lassen Sie mich noch ein anderes Beispiel herausgreifen, wo absolut nichts getan wird. Es gibt in Nordrhein-Westfalen 1,5 Millionen musikausübende Bürger in der Laienmusik. Diese brauchen Hilfe, und zwar Hilfe dieses Landes. Aber auch da fehlt das Konzept. Es ist die Frage, Herr Ministerpräsident, wann Sie und Ihr Kabinett endlich auch im kulturellen Bereich ein Konzept vorlegen, das mittel-/langfristig Gültigkeit haben kann.

- (B) Der Faden ließe sich auch weiterspinnen zur generellen kulturellen Förderung von jungen Menschen. In den allgemeinbildenden Schulen des Landes muß den musisch-kulturellen Fächern und den fächerübergreifenden Aktionen wieder mehr Bedeutung beigemessen werden. Die Voraussetzungen dazu müssen verbessert werden, wie wir heute schon des öfteren gehört haben: weniger Stundenausfall, vernünftige Ausstattung von Räumen, stärkere Förderung von kulturellen Initiativen in den Schulen unter anderem durch Entlastung von Lehrern bei Theaterprojekten usw.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle auf ein Telegramm verweisen, das unsere Fraktion soeben erhalten hat. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren:

Wir bitten Sie herzlichst und dringlichst, daß der Landtag die Stellen entsprechend dem Solidarbeitrag der Lehrer dorthin zurückgibt, wo sie freigemacht worden sind. Berücksichtigen Sie bei der Verteilung auch die Schulform mit dem

- höchsten Unterrichtsausfall, und lassen Sie bitte die Bevorzugung bestimmter Schulformen, die ohnehin zur bestausgestatteten Kategorie gehören. Schaffen Sie Gerechtigkeit in Vielfalt! (C)

Deutscher Beamtenbund - Landesbund

Meine Damen und Herren! Vernünftige, kreative Kulturpolitik mit Chancen für jedermann bedeutet eine Imageverbesserung für unser Land. Legen Sie ein Konzept vor! Setzen Sie endlich in der Kulturpolitik Prioritäten; denn - wie sagten Sie doch so schön? -: Kulturelle Vielfalt ist ein Stück unserer Identität.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Sportrunde innerhalb des Einzelplans 05. Hierzu erteile ich Herrn Abg. Kuckart von der Fraktion der CDU das Wort.

Kuckart (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Gerritz hat vorhin das Land wegen der guten Qualität seiner Tanztheater gerühmt. Ich möchte an diesem Beispiel aufzeigen, daß hier in der Tat das Problem liegt. Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß das Land Nordrhein-Westfalen gute Tanztheater hat. Ich sage das nicht zuletzt deshalb, weil es im Bereich der Kultur der Bereich ist, wo ich ein ganz klein wenig mitreden kann. Allerdings, Herr Dr. Gerritz: Diese guten Tanztheater hängen nicht davon ab, wie gut die Landesregierung ist, sondern die Tanztheater werden von freien Künstlern geleitet, die unabhängig vom Land trotz der Politik dieses Landes gutes Theater bieten. (D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wegen!)

- Nein, nein. Ich möchte mit Ihnen in der Tat darüber einmal ernsthaft reden, weil Sie sich da immer wieder irgendwelcher Erfolge rühmen, die Sie gar nicht veranlaßt haben, während Sie uns dann sagen, wir würden dieses Land miesmachen. Wir machen das Land nicht mies. Darüber gibt es ja keinen Dissens. Das Problem liegt darin, daß Sie sich mangels eigener Erfolge Erfolge rühmen, die andere erbracht haben. Ich halte das nicht für gut.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sollten wir uns darüber auch in Ruhe unterhalten.

Dasselbe gilt für den Sport. Ich müßte mich als CDU-Mann eigentlich glücklich schätzen,

(Kuckart (CDU))

- (A) daß diese Landesregierung bisher noch nicht begriffen hat, wie bedeutsam der Sport für die zukünftige Gesellschaft ist. Davon könnte ich ja nur profitieren. Aber wenn ich hier im Landtag sitze, habe ich, genau wie Sie, eine Verpflichtung übernommen, mich mit diesem Thema zu beschäftigen. Deshalb möchte ich versuchen, Sie noch einmal wieder darauf anzusprechen und Ihnen deutlich zu machen, wie wichtig der Sport in der Zukunft ist, insbesondere in der Tat auch für unser Land Nordrhein-Westfalen.

Deshalb kann ich den Landessportplan - ich muß das sagen - nur zum Anlaß nehmen, einmal einige Probleme aufzuzeigen. Der Landessportplan selber bietet keine Probleme, weil nichts mehr drinsteckt. Wenn ich ihn zum Anlaß nehmen würde, würde ich sagen: Die Zukunft des Sports in unserem Lande ist in der Tat abgemeldet. Wir haben eine zunehmende Bedeutung des Sports und eine abnehmende Finanzausstattung des Landessportplanes.

Aber im Bereich des Sports gibt es ja eine Menge Möglichkeiten, unabhängig davon eine gute Politik zu betreiben. Bisher waren wir immer der Meinung, daß das in der Tat in Form einer guten Partnerschaft geschehen könnte. Ich gehe nach wie vor davon aus, daß es auch notwendig sein wird, das in guter Partnerschaft zu machen.

- (B) Nun gibt es allerdings - deswegen darf ich das sagen - in den letzten Monaten einige Ereignisse, die die Gefahr in sich bergen, daß diese gute Partnerschaft, die wir im Sport brauchen, in der vielzitierten Sportfraktion dabei zu Bruch geht. Herr Minister Schwier, Sie und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion haben etwas vor dem Landessportbund erklärt. Ich muß offen gestehen, da dort keiner von der CDU dort die Gelegenheit hatte, Ihnen Rede und Antwort zu stehen, ich halte das nicht für gut, wenn Sie eine Gelegenheit nutzen, um gegen die Steuerreform zu polemisieren.

(Minister Schwier: Das muß ich!)

- Herr Minister Schwier, nein, müssen Sie nicht. Sie treten dort als Kultusminister auf, der das gesamte Land vertritt. Ich gehe davon aus, daß Sie auch uns vertreten, die wir im Sportausschuß sitzen, um gemeinsam mit Ihnen Sportpolitik zu machen versuchen. In diesem Punkt halte ich es nicht für gut, wenn Sie ausgerechnet die Jahreshauptversammlung des Landessportbundes benutzen, um gegen die Steuerreform zu polemisieren, und gleichzeitig Ihrer eigene Landesregierung in den Rücken fallen.

Sie haben nämlich dort erklärt - das hätten Sie ja schon als Vorsitzender der Sportministerkonferenz gesagt -, die Sachverständigenkommission zur Überprüfung des Gemeinnützigkeitsrechts sei in der Tat ein Verschiebeparkplatz, um das Problem der Steuern vor sich herzuschieben. Ihr eigener Finanzminister beruft sich immer wieder bei Kleinen Anfragen, im Finanzausschuß - auch wenn er hier angesprochen wird -, auf diese Sachverständigenkommission und sagt mit Recht: Wir können erst Entscheidungen treffen, wenn diese Sachverständigenkommission ihr Gutachten vorgelegt hat.

Er stimmt also in seiner Aussage voll und ganz mit der Bundesregierung überein. Ich halte das in der Tat auch für richtig. Deswegen darf ich das auch einmal sagen. Ab und zu sollte man ein Lob austeilen: Finanzminister Posser hat in dieser Beziehung in der Tat ein Stück Glaubwürdigkeit verkörpert, was ich bei anderen vermißt habe.

Lassen Sie mich das offen ansprechen, weil ich es nicht für gut halte: Da tagen in Wuppertal der Sportsprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Büchner, und die Sportsprecher der SPD-Landtagsfraktion des Landes und geben eine Erklärung heraus, in der sie einmal auf den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion hinweisen und zum anderen erklären, die steuerfreie Pauschale für Übungsleiter müsse von 2 400 DM auf 3 600 DM erhöht werden.

Ihr Finanzminister erklärt im Finanzausschuß - da ging es nämlich um die Frage -, daß er es aus fiskalischen Gründen nicht verantworten könne - das ist ganz klar; das wußte aber Uwe Herder; trotzdem fordern Sie es -, daß die steuerfreie Pauschale von 2 400 DM auf 3 600 DM erhöht werde, weil es ja nicht nur für den Sport gelte, sondern auch für alle anderen Bereiche der Gemeinnützigkeit. Das sei in der Tat nicht verantwortbar, zumal ja fast 60 % des Steuerverlustes von Ländern und Gemeinden getragen werden müßten. Sehen Sie, das halte ich nicht für gut. Ich halte es nicht für gut, diesen Zwiespalt, diesen Dissens herbeizuführen, hier groß zu proklamieren und dort zu sagen: Es geht nicht. Herr Posser ist auch auf diese unterschiedlichen Aussagen angesprochen worden. Er hat gesagt: In meiner Verantwortung kann ich dafür nicht sein.

Deswegen, meine Damen und Herren: Wenn Sie Partnerschaft im Sport wollen, wenn Sie das in der Zukunft weiter betreiben wollen, meine ich, sollten Sie ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Sie sollten nicht Porzellan zerschlagen, sondern gemeinsam mit

(C)

(D)

(Kuckart (CDU))

- (A) uns dieses schwere Gebiet - die Bedeutung des Sportes herauszustellen - in der Tat gemeinsam tragen.

Ein Wort noch zu der Vergütung von Übungsleitern. Auch dort rühmen Sie sich wieder, daß nach wie vor 19 Millionen DM vorhanden sind. Herr Minister Schwier, Sie wissen doch genauso wie ich, daß die 19 Millionen DM bei weitem nicht ausreichen. Wir hatten 1980 45 000 Übungsleiter und 22 Millionen DM, wir haben jetzt 60 000 Übungsleiter und 19 Millionen DM. Wir haben mehr Mitglieder in den Sportvereinen. Das, was Sie dort für die - wir haben sie ehrenamtliche Tätigkeit genannt - Übungsleiter ausgeben, ist in der Tat nicht rühmenswert.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Zweites anfügen: Ich kann nur hoffen und wünschen, daß unser Antrag zur Beschäftigung hauptamtlicher Sportlehrer in den Sportvereinen dann, wenn die Anhörung hinter uns liegt, auf etwas mehr Verständnis und auf etwas mehr sachliche Diskussion hoffen läßt, die wir im Sportausschuß und mit den Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion führen möchten; denn wenn wir die Zukunft des Sports retten wollen - ich zitiere Ihren Abteilungsleiter -, brauchen wir die Hauptamtlichkeit. Wir möchten das auch. Wir als Land Nordrhein-Westfalen - der Landessportplan weist es aus - haben kaum noch Möglichkeiten, in diesem Bereich etwas zu tun.

- (B) Lassen Sie mich noch eines sagen: Schieben Sie nicht alles auf die Steuerreform. Ich kann Ihnen eine ganz Menge dazu ausführen, was das Land Nordrhein-Westfalen den Gemeinden in der Vergangenheit vorenthalten hat. Die Steuerreform hat noch gar nicht stattgefunden. Ich möchte mit Ihnen sachlich darüber diskutieren. Was wir heute haben, ist kein Produkt der Steuerreform, sondern ein Produkt dieser Landesregierung. Daran kommen wir einfach nicht vorbei.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.-Trinius (SPD): Warum stöhnt dann Niedersachsen?)

Wir werden auf absehbare Zeit nicht die Möglichkeit haben, den Sport finanziell besser auszustatten, und zwar nicht, weil wir nicht über das Geld verfügen würden. Ihre Fraktion könnte andere Prioritäten setzen, und man könnte mit in der Tat verhältnismäßig wenig Mitteln einen großen Erfolg erzielen. Aber da das wahrscheinlich in der Fraktion der SPD nicht so schnell zu erreichen sein wird - was ich durchaus auch verstehen kann -, meine ich, daß es aber nicht dem Geist der Partnerschaft entspricht, wenn der

Landessportbund bis heute - und wir schreiben fast schon das Jahr 1988 - noch nicht weiß, wie es mit der Vereinbarung zwischen dem Land und dem Landessportbund über das "Spiel 77" weitergeht. Ich halte das für einen unerträglichen Zustand. Der Landessportbund muß, wenn er im Interesse des Sports für die Zukunft planen will, auch Kenntnis darüber haben, ob er die Mittel zukünftig bekommt, in welchem Umfang oder unter welchen Auflagen. Schon vor drei oder vier Jahren habe ich hier gesagt, daß Sie sich zwar immer der Partnerschaft mit dem Sport rühmen, sich aber nicht partnerschaftlich verhalten. Es ist also höchste Zeit, daß diese Entscheidung fällt.

Ich darf noch einen weiteren Punkt ansprechen, der mich - das muß ich offen gestehen - in den vielen Sitzungen des Sportausschusses sehr stark belastet hat: das Thema "Sicherheitsbestimmungen für Stadlen der ersten und zweiten Liga". Dabei handelt es sich fast um eine Posse. Da kommen aufgrund der tragischen Ereignisse in Brüssel die Herren des Ministeriums des Dr. Zöpel zu uns und erklären uns - die Stiftung Waren-test hat ja geschrieben, es müßte in diesem Bereich eine Menge geschehen -: Wir müssen neue Sicherheitsbestimmungen erlassen. Sie erklären weiter: Das belastet die Kommunen in keiner Weise - höchstens mit 10 000 DM. Mein Kollege Uwe Herder erklärt: Mal langsam! Sagen wir einmal 50 000 DM. Das sind schon fünfmal so viel.

Wir hatten dann den Eindruck, Minister Zöpel würde ein Amateuerensemble bestellen, doch was kam, war ein Symphonieorchester. Dann kommt die Frage der Zahlung - bei uns heißt es immer, wer die Musik bestellt, muß auch zahlen -, und dann sagt Herr Zöpel: Nein, das müssen die Städte bezahlen. Doch nun kommt der Dollpunkt: Wenn da etwas passieren sollte, dann haften die Kommunen auch noch.

Meine Damen und Herren, so kann man das nicht handhaben. Man muß in diesem Falle bereit sein, andere Maßstäbe anzulegen und andere Entscheidungen herbeizuführen. Ich habe kein Verständnis dafür - wir waren uns im Sportausschuß einig, daß wir, sollten die Sicherheitsmaßnahmen mehr als 50 000 DM kosten, den Gemeinden finanziell helfen würden -, wenn die SPD jetzt im Sportausschuß erklärt: Die Sache ist für uns erledigt. Für mich ist das ein Skandal. Für uns ist die Sache noch lange nicht erledigt.

(Zustimmung bei der CDU)

Das leidige Thema "Sportstätten" möchte ich nicht aufgreifen.

(C)

(D)

(Kuckart (CDU))

- (A) Nur noch ein Wort zu den Olympiastützpunkten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle sind der Meinung, daß das Ruhrgebiet geeignet ist, Olympische Spiele durchzuführen. Wir alle unterstützen, daß das Ruhrgebiet als potentieller Bewerber für die Olympischen Spiele antritt. Wir alle sind der Meinung, daß dies dem Image des Ruhrgebiets guttun würde. Wir alle sind der Meinung, die Infrastruktur an Sportstätten im Ruhrgebiet sei ausreichend, Olympische Spiele durchzuführen. Darüber sind wir uns alle einig.

Jetzt geht es aber um die Olympiastützpunkte, die Einrichtungen, wo die Olympiasportler vorbereitet werden sollen. Dann hört es einfach auf. Ich habe kein Verständnis dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit ist, sich so, wie es andere Bundesländer tun, an Olympiastützpunkten finanziell zu beteiligen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister Schwier und Herr Herder, es reicht nicht aus, wenn Sie dann schamhaft im Landessportplan eine Position abändern, deren Überschrift früher lautete "Zuwendungen an Landesleistungszentren" und die jetzt überschrieben ist mit "Zuwendung Olympiastützpunkt Landesleistungszentrum". Nur: Der Betrag ist gleich geblieben. Sie haben lediglich ein Wort eingesetzt, aber mit dem Einsetzen eines Wortes macht man keine Politik.

- (B) Ich fordere Sie also auf, für Olympiastützpunkte Finanzmittel bereitzustellen, damit die Olympiastützpunkte auch in Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit aufnehmen können. Sie werden als Landesregierung nach Aufnahme der Arbeit in den Olympiastützpunkten auch nur dann mitreden und mitgestalten können, wenn Sie bereit sind, sich finanziell daran zu beteiligen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Kuckart (CDU): Ja!)

- Herr Dorn verzichtet.

Kuckart (CDU): Meine Damen und Herren, ich habe versucht, einige Punkte aufzuführen, bei denen es keine Übereinstimmung gibt. Ich habe versucht, das, zumindest im Rahmen meiner Möglichkeiten, verbindlich zu tun, weil die CDU-Landtagsfraktion nach wie vor der Meinung ist, daß es gut sei, im Bereich Sport partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

(C) Nur, meine Damen und Herren: Dann lassen Sie uns auch Partner sein. Lassen Sie uns mitgestalten an dieser schönen Aufgabe Sport im Interesse der Bürger unseres Landes. Der Landessportplan, der uns vorliegt, weist keine Zukunftsperspektive auf, und weil er diese nicht aufweist, können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Herder von der Fraktion der SPD.

Herder (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kuckart, ich muß ehrlich gestehen, daß Sie mich verwirrt haben. Ich bin erst einmal zu meinem Kollegen Winkels hinübergegangen und habe ihn gefragt: "Habe ich mich verhöhrt, oder habe ich im Sportausschuß eine ganz andere Auffassung der CDU vernommen?"

Das zum Thema Olympiastützpunkte! Ich wollte das eigentlich gar nicht in dieser epischen Breite machen, wie ich das jetzt vielleicht doch noch ansprechen möchte.

(van Schewick (CDU): Das ist nicht gut für Sie!)

- Ich glaube schon, Herr Kollege van Schewick. In der Sitzung des Sportausschusses in der vorigen Woche hat die SPD-Fraktion noch einmal beantragt, daß das Wort "Olympiastützpunkte" bei der Position "Leistungszentren" eingesetzt wird, daß wir aber nicht der Auffassung sind, daß finanzielle Mittel fließen sollen. Begründung: Das sind im Grunde genommen Aufgaben des Bundes, und wir als Land stellen jetzt schon 230 000 DM für Olympiastützpunkte zur Verfügung, und wir wollen nicht in die Kompetenzen des Bundes hineinregieren.

(D) Ich wurde dort von den Kollegen Kuckart und Dorn vehement gescholten, daß wir es wagen würden, uns in die Kompetenzen des Bundes einzumischen, da das ausschließlich Sache des Bundes sei. Es wurde gefragt, was das Land denn bei den Olympiastützpunkten suchen sollte, da die Olympiastützpunkte zum Leistungssport gehörten und das eine Sache des Bundes sei. Ich frage mich, Herr Kuckart, wie Sie in dieser einen Woche diese Kurve kriegen. Das ist ein Salto mortale mit einem eingesprungenen Maegerlein. Sie haben Ihre Auffassung in dieser einen Woche um 180 Grad geändert.

Herr Kollege Kuckart, das ist exakt die Auffassung des Bonner Staatssekretärs

(Herder (SPD))

- (A) Spranger, bei dessen Äußerungen ich oft Schwierigkeiten habe, das einzusehen. Herr Kollege Kuckart, der Staatssekretär Spranger diffamiert natürlich im gesamten Bundesgebiet das Land Nordrhein-Westfalen, daß es kein Geld für die Olympiastützpunkte zur Verfügung stellt. Sie übernehmen diese Äußerung des Staatssekretärs Spranger auch noch! Ich muß sagen: Ich bin zutiefst enttäuscht über das, was Sie hier eben gesagt haben.

Ich muß gestehen, mich wundert das auch nicht mehr ganz. Gestern hat der Vorsitzende des Sportausschusses des Bundestages bei der Trainerakademie, der Kollege Tillmann aus Winterberg, aus Nordrhein-Westfalen

(Elfring (CDU): Der Ferdi!)

- ganz richtig, Ferdi -, der Vorsitzender eines großen Verbandes ist, auch noch einmal betont, daß sich das Land endlich bei den Olympiastützpunkten engagieren sollte. Ich kann nur noch einmal sagen: Ich gehe davon aus - Herr Kollege Dorn hat sich schon gemeldet -, daß Leistungssport in den Gruppen A bis C eine originäre Aufgabe des Bundes ist, die der Bund sich irgendwann an Land gezogen hat. Das Land Nordrhein-Westfalen engagiert sich, wie gesagt, bei seinen Leistungstützpunkten mit 230 000 DM. Man kann sicherlich über manches reden, aber wir lassen uns vom Bund nicht in dieser miesen Tour erpressen.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zu dem Bereich des Sporthaushalts noch einmal einiges sagen. Unter diesem Sporthaushalt könnte man sich sicherlich wesentlich mehr vorstellen; aber auch meine privaten Wünsche sind manchmal grenzenlos, und sie werden Gott sei Dank auf meine finanziellen Möglichkeiten zurückgestutzt. So sind auch die finanziellen Möglichkeiten, die das Land für den Sport hat, realistisch, ganz normal.

In den meisten Bereichen halten wir den Ansatz des Jahres 1987, im Bildungsbereich des Sports geben wir sogar für die Sporthochschule in Köln, die uns außergewöhnlich am Herzen liegt, wobei man manchmal den Eindruck hat, daß das seitens der Sporthochschule weniger ist, immerhin 1,1 Millionen DM ausgeben. Wir fördern die Bibliothek dort zusätzlich. Ausschließlich bei einer IJ-Stelle haben wir nein gesagt, weil die Sporthochschule uns gegenüber gar nicht begründen konnte, weshalb das sein sollte.

Ich sage noch einmal: Die Sporthochschule liegt uns außergewöhnlich am Herzen; es ist

- (C) eine Einrichtung des Landes, und wir werden sie auch weiterhin fördern. Ich habe allerdings die Bitte an die Landesregierung, daß sie der Sporthochschule signalisiert, daß dieses Verhältnis auch umgekehrt bestehen sollte.

Zweiter Punkt: Vereinssport. Wir fördern für das nächste Jahr erstmalig Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und geben Zuschüsse für Sachkosten. Das liegt uns außergewöhnlich am Herzen. Der Betrag mag manchem relativ gering erscheinen, aber es sind immerhin 100 000 DM. Das die 19 Millionen DM vorn und hinten nicht reichen, weiß jeder, der für den Sport tätig ist, aber wir wollen in den kleinen Vereinen nicht den bezahlten Sport, sondern das kann nur ein Teil der Entschädigung sein. Im übrigen weiß jeder, daß das meiste ehrenamtlich abgewickelt wird.

Damit komme ich zu dem Bereich des Ehrenamtlichen. Herr Kuckart, Sie haben vorhin noch einmal die gute Partnerschaft angesprochen. Von meiner Seite her war die immer vorhanden. Nur: Wenn die CDU-Bundesregierung das Thema "Förderung des Sports" so hoch stellt, dann meine ich, daß sie sich an der Frage messen lassen muß, ob die Schaffung des Steuerfreibetrags von 2 400 DM richtig war. In den Verhandlungen, die innerhalb des Finanzministeriums immerhin gelaufen sind, sind diese 2 400 DM gestrichen worden; sie sind reduziert worden. Das hat der eigene CDU-Referent aus der Bundestagsfraktion mir persönlich bestätigt.

(D)

(Dautzenberg (CDU): Aus persönlichen Gesprächen berichtet man nicht!)

Dann sind die 2 400 DM wieder hineingekommen, und das feiern die CDU-Bundestagsfraktion und die CDU und - das ist das Absurdeste - der Präsident des Deutschen Sportbundes als einen besonderen Erfolg des Sport. Ich kann nur sagen: Das ist für mich ein Witz.

Daß Finanzminister Posser in diesem Punkt Probleme hat, haben wir nie verhehlt, und es ehrt ihn, daß er diese Probleme ganz offen schildert, ganz offen immer wieder auf den Markt getragen hat. Er hat sie nie verleugnet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in Abstimmung mit unseren Finanzleuten klipp und klar erklärt, daß man für diese 3 600 DM ist. Da besteht ein Dissens zu unserem Finanzminister. Da kann ich nur fragen: Na und? Glauben Sie etwa, daß in einer großen Partei, wie der SPD, nicht in Einzelfragen auch ein Dissens möglich ist?

(Dautzenberg (CDU): Wenn es nur in Einzelfragen wäre, ginge es ja noch!)

(Herder (SPD))

- (A) Mich stört das überhaupt nicht. Wenn wir in Bonn an der Regierung wären, würden wir das umsetzen.

(Lachen des Abg. Dorn (F.D.P.))

- Nicht lachen, Herr Kollege Dorn!

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen: 1990 soll hier in Nordrhein-Westfalen das Deutsche Turnfest in Bochum und Dortmund sein. Wir, das Land Nordrhein-Westfalen, fördern ab 1988 dieses Deutsche Turnfest. Wir rufen all diejenigen, die dort hinkommen wollen, zu: Wir begrüßen Sie sehr gern, und wir wollen ein guter Gastgeber sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Dorn das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kuckart hat seine Reminiszenzen zum Sport mit der Darstellung des Tanztheaters begonnen. Nun könnte man ja sagen: Sicher gibt es bei der Landesregierung da vielfältige Erfahrungen; im Formationstanz sind sie nicht so gut, aber im Eiertanz sind sie natürlich hervorragend.

- (B) (Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Dr. Dammeyer (SPD): Einmal kurz gelacht!)

- Na ja, Herr Dammeyer, darüber ließe sich viel debattieren.

(Dr. Dammeyer (SPD): Das muß aber nicht sein!)

- Ich habe das auch nicht vor. - Ich habe mich überhaupt nur zu Wort gemeldet nach der Rede des Kollegen Kuckart, weil auch ich überrascht war über den Salto mortale, den Kollege Herder schon angesprochen hat. Aber er war so perfekt, daß ich glaube, im Turnen an diesem Gerät hätte er sicher die Note 9,5 dafür bekommen.

Herr Kollege Kuckart, die Frage der Olympiastützpunkte haben wir nun ausführlich behandelt, sowohl im Ausschuß als auch hier im Plenum. Es ist einfach so, daß wir mit Sicherheit nicht mit Ihnen und Herrn Spranger auf einen Nenner kommen können. Die Olympiastützpunkte, die Olympiade, überhaupt alles, was damit zusammenhängt, sind genau wie Weltmeisterschaften und Europameisterschaften Sache des Leistungssports und damit Angelegenheit des Bundes.

(C) Ich finde es geradezu blamabel - lassen Sie mich das in aller Offenheit sagen -, daß diese Bundesregierung, die von Ihrer und meiner Partei getragen wird, 5 Millionen DM für die Erstausrüstung von Olympiastützpunkten zur Verfügung stellt und alles andere den Ländern und den Kommunen oder den Verbänden überläßt, daß die das finanzieren sollen. Das kann nicht im Sinne einer vernünftigen Kooperation zwischen Bund und Ländern liegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Herder, Sie haben dann gesagt, irgendwann habe der Bund sich den Leistungssport an Land gezogen. So war das ja nicht. Es hat darüber lange Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund gegeben. Es hat lange Verhandlungen auch mit dem Deutschen Sportbund und den Fachverbänden des Deutschen Sportbundes gegeben. Zum Schluß dieser Verhandlungen waren sich alle Beteiligten einig, daß der Bund für den Bereich des Leistungssports nun die Aufgabe und die Finanzierung zu übernehmen hat.

(D) Als ich damals 1969 im Bundesinnenministerium die Abteilung Sport und Kultur, die es bis dahin nicht gab, aufgebaut habe, hat es darüber mit den Ländern keinerlei Dissens gegeben, sondern der Bund hat damals einvernehmlich mit den beteiligten Fraktionen des Bundestages, und zwar mit allen drei Fraktionen, auch mit der Opposition, sich darüber verständigt, daß das Aufgabe des Bundes sein soll. Ich bin nach wie vor der Meinung, es war die richtige Entscheidung, die von allen drei Fraktionen des Bundestages getroffen worden ist.

Ein letztes Wort noch zur Frage der Olympiade im Ruhrgebiet! Wir alle wissen, wie die Zeitplanung beim Internationalen Olympischen Komitee aussieht. Wir alle gehen davon aus, 1992 ist vergeben, 1996 wird wegen der 100-Jahr-Feier in Griechenland stattfinden, weil dort die ersten olympischen Festspiele der Neuzeit vor 100 Jahren stattgefunden haben. Wenn wir das im Ruhrgebiet erreichen, gibt es keinerlei Zweifel, daß alle drei Fraktionen das massiv unterstützen wollen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ob es erreichbar ist, ist eine Frage, die nicht wir entscheiden können; das muß das Internationale Olympische Komitee entscheiden. Daß die Voraussetzungen von der Infrastruktur und von allen anderen Bereichen her, auch auf dem kulturellen Sektor, im Ruhrgebiet vorhanden sind, darüber gibt es

(Dorn (F.D.P.))

- (A) ja keinen Zweifel. Das, was vielleicht noch erforderlich wäre - wenn ich so an Wildwasserkanäle und andere Dinge denke -, wäre mit Sicherheit dann auch wieder mit Hilfe der Bundesmittel, die wir genauso 1972 für München zur Verfügung gestellt haben, durchaus finanzierbar.

Ich meine also, wir sollten uns hier nicht irritieren lassen. Wir sollten uns auf die Aufgaben beschränken, die vom Land erledigt werden müssen, aber dann auch erledigt werden können müssen, Herr Minister; darüber gibt es, glaube ich, innerhalb der Sportfraktion in diesem Hause auch keinen Zweifel. Und wir sollten uns nicht anmaßen, Aufgaben zu unseren Lasten zu erfüllen, die Aufgaben des Bundes sind und bleiben sollten.

Wir freien Demokraten sind auf jeden Fall dafür, daß der Bund nach wie vor gefordert ist, für die Olympiastützpunkte und auch für den Betrieb die Mittel in voller Höhe zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Denzer: Danke schön. Ehe ich dem Herrn Minister das Wort gebe, darf ich dem Hohen Haus dieses mitteilen: Unser uns selbst gesetzter Zeitplan wird nicht einzuhalten sein; aber wir werden um 18.30 Uhr schließen. Das heißt, wir werden lediglich noch den Einzelplan 05 beraten und morgen fortfahren und alle anderen Einzelpläne aufrufen. Nach den Vereinbarungen kann es keinen Zweifel daran geben, daß um 19.00 Uhr das Gespräch mit der Akademie der Wissenschaften stattfindet. Ich wollte daran nur erinnern.

(B)

Jetzt wird der Herr Minister das Wort bekommen. Dann liegt mir noch die Wortmeldung der Frau Abg. Oel für die Fraktion der CDU vor. Wenn ich den Zeitablauf sehe, wird mit der danach folgenden Abstimmung Schluß sein.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Schwier, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, die Zeit so gut wie irgend möglich zu nutzen, und deswegen zu allen drei Bereichen sprechen, die den Einzelplan 05 betreffen: zu Schule, zu Kultur und auch zu Sport.

Ich habe diese Debatte heute mir großer Aufmerksamkeit und Geduld verfolgt. Wenn ich einmal absehe von dem Antrag der F.D.P.-Fraktion, daß wir überhaupt keinen Haushalt haben sollen - damit hätte sich jede weitere Beratung ja erübrigt -, erinnere ich noch einmal an die Eingangsbemerkungen des finanzpolitischen Sprechers der Opposition.

Herr Schauerte hat das Ansteigen der Personalkosten und das Absinken der Investitionsmöglichkeiten im Haushalt beklagt. Daß das in allen Haushalten so ist, hat er zwar verschwiegen, aber immerhin war das sozusagen der Kern seines Vorwurfs gegenüber der Landesregierung, der dann einmündete in den Vorwurf der Mißwirtschaft und in ähnliches.

(C)

Wenn ich jetzt alles, was danach stattgefunden hat, subsumiere, komme ich zu dem Ergebnis: Die Opposition hat nur Prioritäten. Alles ist wichtig, alles ist gut, alles soll mit mehr Geld bedacht werden.

(Dr. Pohl (CDU): Nein!)

- Natürlich! - Das betrifft auch das Personal. Der Änderungsantrag der CDU zum Haushalt des Kultusministers gibt, bezugnehmend auf die Bezüge der Beamten, schlicht zu, daß hier 27 Millionen DM für das Jahr 1988 draufgelegt werden müssen. Für die folgenden Jahre brauchen wir hier gar nicht hochzurechnen; da kommen wir sehr schnell in die Hunderte von Millionen.

Die CDU klagt, wir hätten in den Schulen nicht genügend Lehrer. Die F.D.P. sagt dann immer, wir müßten planen, wieviel Lehrer wir brauchten. - Nein, wir müssen das Geld haben, um sie bezahlen zu können! Alles andere ist nämlich nicht einmal weiße Salbe.

(Doppmeier (CDU): Liegt das an der CDU?)

(D)

Das hören wir ja nun unentwegt.

Bezüglich einer anderen Stelle, wo es wieder um Geld geht, wird mir ebenfalls ein Vorwurf gemacht. Es handelt sich um das Thema Steuerreform. Darum soll ich mich überhaupt nicht kümmern; denn die Einnahmeseite des Haushalts - diese Binsenweisheit muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden - ist der Verfügungsgewalt dieses Landtags und der Landesregierung entzogen; die findet woanders statt.

Meine Damen und Herren, Sie können nicht am gleichen Tag die Personalkostenhöhe beklagen und ein paar Stunden später Personalvermehrung beantragen. Wenigstens eine Nacht Schamfrist sollten Sie dazwischen lassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir werden im kommenden Schuljahr eine Verbesserung in einer Größenordnung von 1 000 Stellen haben. Die Feststellung ist richtig, daß es sich dabei zu einem wesent-

(Minister Schwier)

- (A) lichen Teil um eingesparte Personalmittel handelt, die wir zweckmäßigerweise an anderer Stelle wieder ausgeben, indem wir gezielt und fächerspezifisch entsprechend dem Bedarf der Schulformen einstellen. Dies ist aber nicht eine leere Versprechung, die man in der Opposition ja nicht zu löhnen braucht, sondern es ist eine Anstrengung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. Ich denke, das müßte man hier wenigstens einmal festhalten.

Herr Reul, lassen Sie sich folgendes sagen. Mit dem, was Sie über die Verteilung dieser Stellen gesagt haben, unterliegen Sie einem ganz kräftigen Irrtum. Es handelt sich nicht um die Bevorzugung irgendeiner Schulform, sondern es ist ein Verschieben zwischen Versetzen und Neueinstellung.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

- Entschuldigung! Ich traue mir zu, mehr zu versetzen, während Sie der Meinung sind, man sollte gegen den Willen der Betroffenen überhaupt nicht versetzen; oder so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt. Da sollten Sie aber sehr vorsichtig sein. Im übrigen machen es Ihre Formulierungen fast schon gefährlich, Sie - wenn auch nur ganz partiell - einmal zum Verbündeten zu bekommen.

"Die jüngsten schulpolitischen Beschlüsse der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion sind ein entlarvender Frontalangriff auf das gegliederte Schulsystem." Herr Reul, das glauben Sie doch selber nicht, daß, wenn eine Verschiebung in dieser Größenordnung stattfindet, man mit diesem Bombardement, das zum Glück nur verbal ist, hätte antworten dürfen.

Nein, wenn man hier eingangs von zu hohen Personalkosten spricht, dann darf man nicht hinterher mit entsprechenden Anträgen aufwarten. Das ist nicht glaubwürdig.

Ich will in der Reihenfolge noch kurz auf das eingehen, was zu den übrigen Bereichen meines Haushalts gesagt worden ist.

Ich finde es vorzüglich, daß es uns gelungen ist, in diesem Jahr die Landesmittel für den Kulturhaushalt im engeren Sinne um etwa 5 % steigen zu lassen. Ich denke, dies ist ein positives Beispiel für unsere Kommunen und alle anderen, die kulturelle Aktivitäten unterstützen. Denn bei uns ist die kommunale Kultur ja kein Strukturfehler, sondern ein Strukturelement des Landes Nordrhein-Westfalen. Das soll auch so bleiben.

Ich kann nur allen, die privates Mäzenatentum anmahnen, sagen: Ich sehe überhaupt kein

Hindernis für privates Mäzenatentum. Im Gegenteil, wenn es demnächst für die Gutverdienenden noch mehr Steuerensenkungen und Steuerermäßigungen gibt, dann müßte geradezu eine Welle von privatem Mäzenatentum ausbrechen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kulturförderung brauchen wir nicht erst zu erbringen; die ist bewiesen. Aber, meine Damen und Herren, was Sie dann anschließend immer fordern, ist ja unmittelbar öffentliches Geld. Da stehen Sie auf dem Standpunkt, daß privates Geld allemal besser sei als das Geld aus öffentlichen Kassen. Wenn das Ihre Meinung ist, dann seien Sie bitte so ehrlich, nicht immer Geld aus öffentlichen Kassen zu verlangen, in die Sie ja ungern etwas hineintun wollen.

Wenn ich höre, daß in unseren Schulen wieder Musik, Kunst und ähnliches stattfinden müsse, dann stört mich dabei am allermeisten das Wort "wieder"; denn das kann nur jemand sagen, der nicht in unsere Schulen hineingeht.

So viel Musik, so viel Gestaltung der Schule und des Schullebens hat es - da weiß ich einigermaßen Bescheid - früher leider nicht gegeben. Das soll kein Schönmalen der Schule sein, aber es soll eine realistische Betrachtung der Wirklichkeit sein. Diese, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten Sie sich auch im Interesse des Landes, das Sie vielleicht doch eines Tages einmal regieren möchten, nicht so leichtfertig ins Miese abgleiten lassen.

Ich will noch kurz zum Sport kommen. Auch ich bin sehr für partnerschaftliche Zusammenarbeit. Aber die partnerschaftliche Zusammenarbeit darf doch nicht darin bestehen, daß uns Herr Spranger unentwegt beschimpft, daß wir für die vom Bund eingerichteten, vom Bund gewollten Olympiastützpunkte nichts täten. Das ist erstens falsch, und zweitens würde es nicht zu einer Mitbestimmung führen. Wir arbeiten schon lange mit; sonst gäbe es in ganz Nordrhein-Westfalen keinen einzigen Olympiastützpunkt. Mit dem, was der Bund bisher dafür ausgegeben hat, kann man so etwas wahrlich nicht errichten.

Lassen Sie mich ebenfalls ein Wort zu Ihrer Forderung sagen, hier müßte das "Spiel 77" verlängert werden. Der Landessportbund weiß ganz genau, daß die SPD-Fraktion, daß die Landesregierung nie dem Sport die Mittel vorenthalten wird, die er braucht, um im Lande zu leben - immer unter der Voraussetzung, daß wir selber überhaupt in der Lage sind, den Sport zu fördern.

Gestatten Sie mir eine letzte Anmerkung zu der Frage der Übungsleiterpauschale! Wenn

(C)

(D)

(Minister Schwier)

- (A) das nicht unmittelbar im Zusammenhang mit Steuergesetzgebung steht - wozu Sie, Herr Kuckart, mir ja gesagt haben, ich solle darüber nicht reden -, dann weiß ich nicht, welche Beziehung Sie hier überhaupt herstellen wollen. Die Erhöhung der Pauschale ist doch nur möglich, wenn wir uns das leisten können. Aber wir können nicht gleichzeitig Spitzensteuersätze senken und Übungsleiterpauschalen, die bekanntlich im allgemeinen nicht an Spitzenverdiener geleistet werden, erhöhen. Beides gleichzeitig geht nicht; insofern ist der Zusammenhang eindeutig.

Meine Damen und Herren, jeder von uns kann sich einen schöneren Haushalt vorstellen. Ich meine, daß der Haushalt 05 quer durch alle Bereiche, wie er sich jetzt darstellt, das Notwendige und in der augenblicklichen Situation einzig Mögliche ist. Die Änderungsvorschläge der Opposition haben mich jedenfalls nicht überzeugen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Frau Abg. Oel das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau Oel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verspreche Ihnen, es kurz zu machen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Aber gestatten Sie mir vorab eine ganz knappe Bemerkung zu dem Beitrag von Herrn Dr. Dammeyer vorhin. - Herr Dr. Dammeyer, ich begrüße außerordentlich die von Ihnen signalisierte mögliche Gemeinsamkeit bezüglich der Versetzungsproblematik. Ich möchte aber der Richtigkeit halber feststellen, daß wir bereits am 30. Juni dieses Jahres dazu einen Antrag eingebracht haben und noch in der letzten Schulausschußsitzung am vergangenen Mittwoch bereit waren, mit Ihnen über die strittigen Formulierungen zu diskutieren. Darum freue ich mich besonders auf einen möglichen Konsens.

Meine Damen und Herren! In allen Analysen der gegenwärtigen Unterrichtssituation ist unstrittig - und Herr Reul hat heute schon des öfteren darauf hingewiesen -, daß an den Schulen unseres Landes trotz amtlich verlautbarten Lehrerüberhangs ein jährliches Unterrichtsstunden-Defizit in Millionenhöhe besteht. Neben den berufsbildenden Schulen sind bekanntlich alle zehn Formen der Sonderschulen besonders hart betroffen. Weil diese Schulform meines Erachtens, solange ich dem Landtag angehöre, in diesem Hohen Hause zu kurz gekommen ist, möchte ich noch meinen Beitrag dazu geben.

- (C) Die zahlreichen Kleinen Anfragen der Abgeordneten, die Zuschriften und Forderungen der Lehrerverbände, die Klagen der Mitwirkungsgruppen, die Erhebungen der Personalaräte und nicht zuletzt die Diskussionen in unserem Ausschuß für Schule und Weiterbildung weisen immer auf besonders gravierende Unterrichtsausfälle vor allem bei den Sonderschulen unseres Landes hin. Wenn der Petitionsausschuß als "politisches Fieberthermometer des Parlaments" oder auch als Resonanzboden der Gesetzgebung betrachtet wird, dann müßte nicht nur die Landesregierung, sondern jeder einzelne Parlamentarier erschrecken, daß es in jeder, aber auch in jeder Sitzung Petitionen zum eklatanten Lehrermangel - und hier eben in allererster Linie zum Lehrermangel an den Sonderschulen - gibt.

(Anhaltende große Unruhe)

Erst gestern vertrat ich als Berichterstatterin die Petition eines Ortsvereins zur Förderung Lernbehinderter aus Duisburg, die den akuten Lehrermangel an allen Sonderschulen für Lernbehinderte in Duisburg beklagt, weil die zugesagte bessere - -

(Große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Denzer: Gestatten Sie, Frau Kollegin, daß ich Ihnen einmal etwas Ruhe verschaffe!

(Zuruf von der CDU: Sehr schön!)

Frau Oel (CDU): Der Lehrermangel wurde beklagt, weil die zugesagte besondere und bessere Förderung ihrer Kinder an dieser Schulform nicht mehr stattfinden kann. Der Petent fordert überzeugend die Neueinstellung von Sonderschullehrern und wendet sich unter anderem begründet gegen die Versetzung von Hauptschullehrern an die Sonderschulen.

Interessant ist nun die Stellungnahme des Kultusministeriums; ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

Die Schulen für Lernbehinderte sind, gemessen an dem Bedarf, nach der Schüler/Lehrerstellen-Relation überbesetzt. Es ist jedoch bekannt, daß die Schüler/Lehrerstellen-Relation den faktischen Unterrichtsbedarf dieser Schulform nicht deckt, weil wegen des starken Schülerrückgangs die Schulen fast durchgängig einzügig und zur Bildung kleiner Klassen gezwungen sind.

(Frau Oel (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, diesen Satz sollten Sie sich auch in der späten Stunde auf der Zunge zergehen lassen.

(Erneut große Unruhe)

Präsident Denzer: Frau Abgeordnete, darf ich Sie noch einmal unterbrechen! - Ich bitte die Damen und Herren Kollegen bei allem Verständnis für die Situation nach einem arbeitsreichen Tag, wenigstens ein bißchen ruhiger zu sein. - Sie haben weiterhin das Wort, Frau Kollegin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Oel (CDU): Danke schön, Herr Präsident. - Es ist bekannt, daß die Schüler/Lehrer-Relation den faktischen Unterrichtsbedarf dieser Schulform nicht deckt. Allzu logische Konsequenz wäre doch wohl die schon seit der letzten Legislaturperiode von der CDU permanent geforderte Änderung der Schüler/Lehrer-Relation an den Sonderschulen. Aber weit gefehlt! Nach wie vor hält die Landesregierung an den Ausführungsverordnungen des § 5 des Schulfinanzgesetzes fest - und noch schlimmer: Als sich die SPD-Landesregierung endlich entschlossen hatte, die von uns beantragten, nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes freigewordenen 633 Planstellen zum Schuljahresbeginn 1988 einzurichten, zeigten die SPD-Mitglieder im Schulausschuß - ich nenne es einmal so - so recht ihr soziales Engagement für das behinderte Kind, für den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Ohne mit der Wimper zu zucken, kürzten sie die von der Landesregierung vorgesehenen 80 Stellen um 20 Stellen zugunsten der Gesamtschule. Meine Damen und Herren, 80 Stellen für alle zehn Sonderschulformen wohl gemerkt, die sowieso nicht annähernd ausreichen, um auch nur in einem einzigen Schultyp dieser Schulform der Lernbehinderten, Geistigbehinderten, Körperbehinderten usw. das anerkannte Unterrichtsdefizit in etwa fachgerecht auszugleichen!

Jeder hat bis jetzt in all den Jahren hier zur Kenntnis nehmen müssen, daß die SPD die Gymnasien, Realschulen und auch die Hauptschulen in jeder Form - im Vergleich zur Gesamtschule - benachteiligt

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

und die Gesamtschule für sie keine gleichberechtigte, sondern in unerträglicher Weise, Herr Kollege, eine bevorrechtigte Schulform ist, was letztlich auch der geänderte Verteilungsschlüssel der 633 Planstellen wieder deutlich zum Ausdruck bringt. Daß die SPD aber jetzt sogar in voller Kenntnis der

katastrophalen personellen Situation aller Sonderschulen die Gesamtschule auf dem Rücken Behinderter, auf dem Rücken Sozialschwacher noch attraktiver machen will, ist neu, und es ist eine Geschmacklosigkeit ohnegleichen. (C)

(Beifall bei der CDU - Abg. Kniola (SPD): Billige Polemik!)

Meine Damen und Herren, das ist unverantwortlich, und das läßt ein nicht mehr zu überbietendes Maß an Inkompetenz und Mißachtung gegenüber sonderpädagogischen Notwendigkeiten erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das Kultusministerium im Zusammenhang mit Petitionen immer wieder bescheinigt, daß die Sonderschulen wegen des starken Schülerrückganges fast durchgängig einzügig und zur Bildung kleinerer Klassen gezwungen sind, dann müßten Schullexperten doch wohl erkennen, daß an kleineren Schulen Unterrichtsausfall durch Krankheit, Mutterschaftsurlaub, Fortbildung, Altersermäßigung, Schwerbehindertenermäßigung und last not least durch ein immer aufwendigeres, weil präziseres Sonderschulnahmeverfahren nicht mehr aufzufangen ist. Hier fällt nicht nur ein spezifisches Fach aus wie an den anderen Schulformen, hier werden Ganztagschulen zu Unterrichtsausfallinstituten.

Am größten nun ist die Not in der Sonderschule für Lernbehinderte. Hier ist die Schüler/Lehrer-Relation seit über zehn Jahren auf 1 : 12,8 festgeschrieben worden, ohne die völlig veränderten Bedingungen gerade dieser Schulform zu berücksichtigen, wie zum Beispiel die Erweiterung der Schulpflicht, die Oberstufenlastigkeit, die fehlende Stellenreserve und nicht zuletzt die eklatante Zunahme der Mehrfachbehinderungen, letztere dadurch bedingt, daß durch bessere personelle Besetzung der Grundschulen, durch zu begrüßenden verstärkten Förderunterricht in den Grundschulen und durch präzisere diagnostische Verfahren beim Sonderschulnahmeverfahren viele ehemals als Lernbehinderte Eingestufte an der Regelschule verbleiben können. (D)

Die Mehrfachbehinderungen dieser Schüler - wie zum Beispiel Lernbehinderung und Sprachbehinderung, Lernbehinderung und Verhaltensstörungen, Lernbehinderung und motorische Störungen - werden bis heute überhaupt nicht statistisch erfaßt. Infolgedessen werden Stellenzuschläge für diesen Kreis der Schüler überhaupt nicht gewährt.

(Frau Oel (CDU))

- (A) Eigentlich dürfte aber schon für einen Laien einsichtig sein, daß diese gravierenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft an Sonderschulen für Lernbehinderte zwingend eine Lehrerversorgung bedingen, die der Regelung für mehrfach behinderte Schüler auch an diesem Sonderschultyp entspricht.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, hören Sie gut zu. Ihr Verhalten jetzt zeigt, daß ich recht habe mit dem, was ich sage.

(Beifall bei der CDU)

Damit endlich pädagogische therapeutische Maßnahmen in vollem Umfange durchgeführt werden können, ist es im Interesse dieser behinderten Schüler unerlässlich und notwendig, daß nur noch Lehrkräfte an diesem Schultyp eingestellt oder dahin versetzt werden, die über eine entsprechende sonderpädagogische Qualifikation verfügen. Statt dessen aber versetzt man die spezifisch für Lernbehinderung ausgebildeten Sonderschullehrer an andere Sonderschultypen und vertraut ihre meist mehrfach behinderten Schüler mehr und mehr Hauptschul- und Berufsschullehrern an, die für diese Schulform gar keine Lehrbefähigung besitzen.

- (B) Die SPD hat also die Sonderschule für Lernbehinderte abgeschrieben. Kein Hauptschullehrer oder Berufsschullehrer wird oder würde an eine Blinden- oder Gehörlosen-, Sprachbehinderten- oder Körperbehinderten- oder was auch immer für eine -Sonderschule versetzt werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die oft Mehrfachgeschädigten oder Schwerlernbehinderten, denen man meistens die Behinderung nicht unmittelbar ansieht, sind die Opfer. Ein Großteil von ihnen weist zudem gravierende Milieu-Schäden auf, weil sie häufig aus sozialbenachteiligten bzw. sozialschwachen Bevölkerungsgruppen kommen. Und gerade sie wären - das zeigt die Erfahrung - durch helfende und stützende Förderungsmaßnahmen seitens der Sonderpädagogen in die Welt der Erwachsenen, in die Welt der Arbeit zu integrieren.

Meine Damen und Herren, ich stelle zusammenfassend fest: Die beabsichtigte Versetzungsaktion von 100 Hauptschullehrern an die Sonderschulen ist völlig ungeeignet, deren anerkannt schlechte Personalsituation lehramtsgerecht zu verbessern. Sie macht gleichzeitig deutlich, daß die Sonderschulen

- (C) keine Lobby bei dieser Landesregierung haben, denn der Bedarf der Gesamtschulen kann in der Tat durch Versetzungen von Lehrern aus anderen Schulformen - auch aus Hauptschulen - gedeckt werden.

Herr Dr. Dammeyer - es wäre nett, wenn Sie einmal zuhören würden -, wenn Sie vorhin gesagt haben: unsere Verteilung mindert den Versetzungsdruck, dann sage ich Ihnen und allen Damen und Herren der SPD-Fraktion, daß diese geplanten Neueinstellungen für die Gesamtschulen, die noch zusätzlich zu Lasten der Sonderschulen gehen,

(Fortdauernde Unruhe - Glocke des Präsidenten)

deutlich zum Ausdruck bringen, daß Sie sich mit dieser Entscheidung endgültig aus der bildungspolitischen Verantwortung für behinderte Schüler abgemeldet haben,

(Beifall bei der CDU)

daß Sie eine Bildungspolitik auf dem Rücken der Schwächsten im Schulsystem, auf dem Rücken lern-, geistig-, sprach- und körperbehinderter Schüler betreiben, auf dem Rücken derjenigen, meine Damen und Herren, denen besondere Förderungen zukommen, denen unsere Solidarität gelten sollte.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Diese katastrophale Fehlentscheidung kann auch nicht durch eine Integrationseuphorie vertuscht werden, sondern - -

Präsident Denzer: Frau Kollegin Oel, - -

(Frau Oel (CDU): Ich bin fertig.)

- Ich wollte Sie auch bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist schon etwas überschritten. Aber bringen Sie den Satz noch zu Ende.

Frau Oel (CDU): Den letzten Satz: Diese katastrophale Fehlentscheidung kann auch nicht durch eine Integrationseuphorie vertuscht werden, sondern sie verrät deutlich eine in hohem Maße bedenkliche Fehleinstellung zum behinderten Menschen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

(Präsident Denzer)

- (A) Ehe ich abstimmen lasse, möchte ich das Hohe Haus mit dem Beratungsplan für morgen bekanntmachen.

(Zurufe)

- Sonst habe ich nachher keine Gelegenheit mehr.

(Heiterkeit)

Wir beginnen morgen - wie ausgedrückt - mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz und mit dem Einzelplan 03. Danach kommen die Stellenpläne. Die anderen Einzelpläne werden eingeordnet, wie es sich aus dem Verfahren ergibt, wobei zu berücksichtigen ist, daß vereinbarungsgemäß spätestens gegen 16.00 Uhr der Aufruf des Punktes "Regierungserklärung" erfolgt.

Ich bitte Sie alle, sich morgen auf einen sehr langen Tag einzurichten. Feldbetten werden nicht aufgestellt. Da wir die Uhren nicht um 0.00 Uhr anhalten können, wird die Schlußabstimmung zur zweiten Lesung spätestens morgen um 23.59 Uhr erfolgt sein.

(Heiterkeit)

Danke schön für die Aufmerksamkeit!

- (B) Wir kommen nun zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir ab über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/2555 betreffend Abbau von Unterrichtsausfall durch Schaffung eines Einstellungskorridors für Lehrer. Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung schlägt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/2675 vor, den Antrag abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. angenommen; damit ist der Antrag der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2694. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 05 - Kultusminister - ab. Wer dem Einzelplan 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2625 zustimmen möchte, den bitte ich

- um ein Handzeichen. Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - (C)

(Dr. Farthmann (SPD): Gegen eine verschwindende Minderheit angenommen!)

Damit ist der Entwurf des Einzelplans 05 in zweiter Lesung angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Wir unterbrechen die zweite Lesung des Haushalts und setzen sie morgen um 10.00 Uhr mit der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes fort.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.34 Uhr

(D)

Ausgegeben: 23. Dezember 1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 38, zu beziehen.